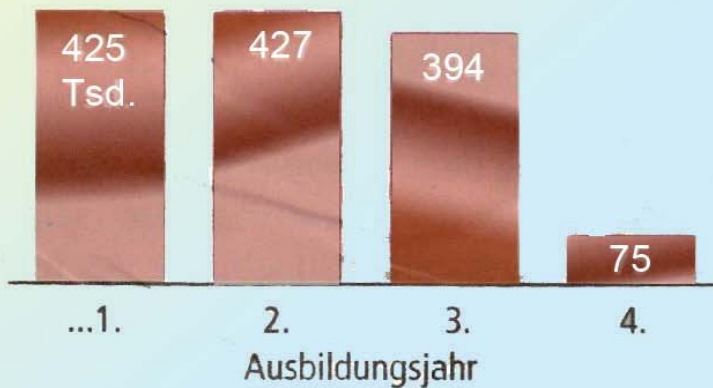


AZUBIS IN DEUTSCHLAND

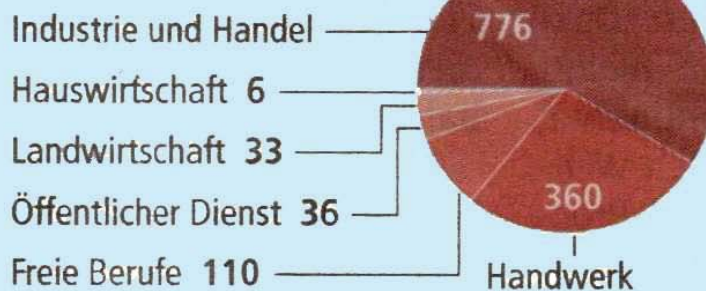
Zahl der Auszubildenden in Tausend



Im Jahr 2016 sind so viele Azubis im...



Im Jahr 2016 in diesen Bereichen



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Die Unternehmen (auch die hessischen) beklagen eine immer größer werdende Facharbeiterlücke. Auf der anderen Seite blieben bundesweit zum 1. September 2017 48 937 Ausbildungsplätze unbesetzt und 80 000 junge Menschen haben vergeblich eine Ausbildungsstelle gesucht.

Insbesondere Abgänger/innen aus der Hauptschule bzw. den Hauptschulzweigen sind nach wie vor die Leidtragenden, nur 47 Prozent schafften in Hessen dem Ländermonitor zufolge den Sprung in eine Ausbildung. 53 Prozent wechselten in eine der Maßnahmen des sog. Übergangssystems.

Auch Jugendlichen ohne deutschen Pass gelingt der Übergang in eine Ausbildung deutlich seltener als Deutschen. Und die regionalen Unterschiede sind nicht nur zwischen den Bundesländern eklatant (s. S. 26/27), sondern auch zwischen den hessischen Regionen, wie das Verhältnis von Angebot und Nachfrage an Ausbildungsplätzen zeigt. Selbst im wirtschaftlich starken Darmstadt werden 100 Bewerber/innen lediglich 83 Ausbildungsplätze geboten.

Vor diesem Hintergrund hat das Hess. Wirtschaftsministerium sein Förderprogramm „Ausbildungsstellen für Hauptschüler“ für das Jahr 2018 fortgesetzt, durchaus lobenswert. Darin übernimmt Hes-

sen im 1. Ausbildungsjahr 50 Prozent und im 2. Jahr 25 Prozent der Ausbildungsvergütungen.

Halten wir abschließend fest:

- Die „Facharbeiterlücke“ haben die Unternehmen selbst verschuldet. Die Zahl von mehr als 1,9 Mio. junger Erwachsener zwischen 20 und 34 Jahren belegt dies eindrucksvoll
- Insbesondere in den weniger nachgefragten Berufen sind auch die Arbeitsbedingungen und Ausbildungsvergütungen für junge Menschen unattraktiv
- Nach wie vor sind viele Unternehmen nicht bereit, auch Schulabgänger/innen mit schwächeren Abschlüssen eine Chance zu geben.

Und schließlich: Wer glaubt, dass man nur eine gute Berufsorientierung ab der 7. Klasse betreiben muss, damit die Jugendlichen mit 15 oder 16 Jahren mit einem ausgeprägten Berufswunsch die Schule verlassen, hat entweder seine eigene Jugend vergessen oder gesteht jungen Menschen eine Zeit des Suchens und der Selbstfindung nicht mehr zu.

Ich wünsche den jungen Menschen im Jahr 2018 bessere Zukunftsperspektiven und –chancen als bisher und uns allen Gesundheit, Zufriedenheit und Gelassenheit, aber auch politisches Einmischen angesichts der vor uns stehenden Herausforderungen.

Euer

Dieter Feindt

INHALTSVERZEICHNIS

GEW: Lehrkräftemangel bekämpfen	3
news	4
BÜA – Die Fortsetzung der 105%-Lüge	6
DGB-Jugend in Südhessen auf Berufsschultour	8
HPRL – Intern	10
Übergang Geflüchteter in Ausbildung	11
Ausbildung und Qualifizierung für Industrie 4.0	12
Neuverteilung der Abteilungsleiterstellen	14
Neue Publikationen	16
Wider besseres Wissen – ÖPP Bilanz	17
4.2 Berufliche Bildung an Produktionsschulen	18
Schule in Zeiten von Trump und Pegida	19
InteA – eine Bilanz	20
4.0 auf allen Kanälen- Eine kritische Bestandsaufnahme	22
Verspäteter Erlass zur Leistungsbewertung in der Fachoberschule	24
Schülerzahlen und -Verteilung	25
Ländermonitor berufliche Bildung 2017	26
DGB-Bezirkskonferenz Berufliche Bildung	28
BBIB: Mehr betriebliche Ausbildungsverträge	29
Berufliche Kompetenzen in Europa sichtbar machen	30
KMK: Berufliche Schulen 4.0	31
Veranstaltungen	32

GEW: „LEHRKRÄFTEMANGEL BEKÄMPFEN“

Konzept zur Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung PM 16.11.2017

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die Länder aufgefordert, bei der Bekämpfung des Lehrkräftemangels keine Abstriche an der Qualität der Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen zu machen. „Die Lage ist dramatisch: Schon jetzt sind tausende Lehrkräftestellen bundesweit nicht besetzt – und in den kommenden Jahren werden die Schülerzahlen weiter steigen. Wenn die Länder nun aus Verzweiflung Quer- und Seiteneinsteiger ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung einstellen, darf das nicht zu Lasten der Qualität und damit auf Kosten der Schülerinnen und Schüler gehen“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der GEW, Andreas Keller, während der Präsentation des neuen GEW-Konzepts zur Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Dieses stellte die Bildungsgewerkschaft während einer Tagung in Magdeburg zur Diskussion. „Die Länder müssen eine umfassende berufs begleitende Nachqualifizierung dieser Kolleginnen und Kollegen gewährleisten. Darüber hinaus müssen sie die regulären Ausbildungskapazitäten in Studium und Vorbereitungsdienst zügig ausbauen und die Attraktivität von Ausbildung und Beruf verbessern.“

Mit den GEW-Vorschlägen lasse sich dem Lehrkräftemangel

Info: Die „Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung“ sind im Mai 2017 vom Gewerkschaftstag der GEW beschlossen und jetzt als Broschüre veröffentlicht worden. Diese kann kostenlos auf der GEW-Website heruntergeladen werden:

<http://www.gew.de/Leitlinien-innov-Lehrerbildg>

Die Leitlinien sind Ergebnis der Arbeit des „Zukunftsforums Lehrer_innenbildung“ der GEW:

www.zukunftsforum-lehrerInnenbildung.de

auch strukturell begegnen, erklärte Keller. „Es ist falsch, dass sich Lehramtsstudierende schon im ersten Semester auf ein bestimmtes Lehramt festlegen müssen. Richtig ist ein gemeinsames Bachelor- bzw. Grundstudium für alle Studierenden, egal ob sie ein Lehramt in der Grundschule oder der Sekundarstufe anstreben. Das ist nicht nur didaktisch sinnvoll, sondern würde den Studierenden auch helfen, flexibler auf die Anforderungen des Lehrkräftearbeitsmarkts zu reagieren“, machte der GEW-Vize deutlich. Perspektivisch müsse darüber hinaus die Zahl der Lehrämter reduziert werden: „Hauptschule, Realschule, Gymnasium – das traditionelle dreigliedrige Modell aus dem 19. Jahrhundert - hat mit der schulpolitischen Realität des 21. Jahrhunderts nicht mehr viel zu tun. Zukunftsfähig ist eine Orientierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ausschließlich an den Schulstufen statt an den Schulformen“, betonte Keller.

Vor allem aber komme es darauf an, Ausbildung und Beruf attraktiver zu gestalten und so mehr junge Menschen für den Lehrerberuf zu begeistern. „Angehende Lehrerinnen und Lehrer müssen besser auf neue Anforderungen ihres Berufs wie digitale Welt, Ganztagschule, Migrationsgesellschaft oder Inklusion vorbereitet werden. Wer bereits im Beruf steht, braucht entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote. Damit die Herausforderungen besser bewältigt werden können, müssen die Lehrerinnen und Lehrer entlastet werden: durch ausreichend Vertretungskapazitäten, moderate Unterrichtsverpflichtungen und eine bessere Lehrer-Schüler-Relation. Die Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer, egal ob sie an einer Grundschule oder einem Gymnasium unterrichten, ist schon heute in der Hälfte der Bundesländer gleichwertig und gleich lang. Deshalb müssen endlich auch alle voll ausgebildeten Lehrkräfte gleich gut bezahlt werden.

Offener Raum (Open Space)

Glücklich darf sich schätzen, wer einer innovativen Gewerkschaft angehört. Also strebte ich jüngst frohgemut zur Konferenz meines Fachbereichs unter dem Motto: „Wir müssen reden!“ Flugs erklärte der Moderator unser Konzept: „Open Space“ - Diskutieren in Gruppen über Themen, die von den Leuten selbst kommen. Dabei gebe es „Hummeln“, die gern im Gesprächskreis verharrten, und „Schmetterlinge“, die von Gruppe zu Gruppe flatterten. Überzeugend fand ich die Anregung, man könne auch ein Thema vorschlagen, von dem man selbst

keine Ahnung habe - mit dem hoffnungsfrohen Ziel einer intellektuellen Fremdbestäubung. Das machte ich also - und saß dann als Hummel allein am Tisch, weil wohl auch sonst niemand etwas davon wusste oder wissen wollte. So verwandelte ich mich in einen Schmetterling - und merkte recht bald: Wer stur auf seiner Meinung rumreitet oder mit bloßem Wortschwall punkten will, fällt in der Gruppe glatt durch. Goethe liegt also falsch, wenn er behauptet: „Ein braver Reiter und ein rechter Regen kommen überall durch.“ *hms*

GEW-Broschüren

+ Arbeitsplatz berufsbildende Schulen 6/2017
+ Berufsbildende Schulen auf dem Weg zur Inklusion 9/2015
Download unter www.gew.de

Neue Unterrichtseinheit: Datenschutz im Job

Ob wir im Internet surfen oder mit Kundenkarte einkaufen - wir kommen kaum dagegen an, persönliche Daten preiszugeben. Auch am Arbeitsplatz sieht es oft nicht anders aus. Beschäftigte hinterlassen viele Datenspuren. Kann man diese auch nutzen, um Beschäftigte zu überwachen? Technisch ist schon vieles möglich. Zum Beispiel können die Telefon- und Internetbenutzung überprüft und per GPS der Dienstwagen geortet werden. Mit dieser Unterrichtseinheit diskutieren Schülerinnen und Schüler, ob eine Überwachung im Job erlaubt ist und ob die Datenschutzgesetze ausreichen.
www.boeckler.de/39580.htm

Neue Unterrichtseinheit: Steuern - Warum muss das sein?

Wir alle zahlen Steuern. Auch Jugendliche sind als Konsumentinnen und Konsumenten von der Zahlung indirekter Steuern betroffen. Außerdem nehmen sie in Familie und Öffentlichkeit die Diskussion um Steuergerechtigkeit wahr. Mit dieser Unterrichtseinheit lernen und bewerten Schülerinnen und Schüler Grundsätze der Steuer-

politik: Was sind Steuern? Welche Steuerarten gibt es? Wer zahlt wie viel Steuern? Ist das Steuersystem gerecht?

www.boeckler.de/39580.htm

GEW-Publikationen

Auf der Homepage der GEW Hessen können unter www.gew-hessen.de aktuelle und vergangene Ausgaben gelesen und heruntergeladen werden:

- + der *insider* für die beruflichen Schulen
- + die Hessische Lehrerzeitung für Alle
- + das LiV-Spektrum insbesondere für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst

Bildung in der digitalen Welt

+ Zu diesem Thema hat der 28. Gewerkschaftstag der GEW im Mai 2017 einen 6-seitigen Beschluss gefasst. www.gew.de unter **Gewerkschaftsbeschlüsse**

+ Die Kultusministerkonferenz hat am 08.12.2016 den Beschluss „Bildung in der digitalen Welt – Strategie der KMK“ als Empfehlung an die Länder verabredet.
www.kmk.org

Landtagsanfrage Digitalisierung

Die SPD-Anfrage im Hess. Landtag betreffend „Digitalisierung an hessischen Schulen“ wurde vom Hess. Kultusministerium am 24.08.2017 beantwortet (LT-DS 19/5189)

Digitalisierung von Arbeitswelt und Berufsbildung

Hierzu veröffentlichte die IG Metall 10 Thesen. Abrufbar bei der Redaktion.

UE Medikamente: Ge- und Missbrauch

Die neuen Unterrichtsmaterialien für Berufsbildende Schulen im DGUV-Schulportal „Lernen und Gesundheit“ informieren junge Auszubildende über die Gefahren im Umgang mit Medikamenten sowie deren Wirkungen und Nebenwirkungen.



Aktuelle Fakten zu Wirtschaft, Arbeitswelt und Mitbestimmung

Neue digitale Datenkarte der Hans-Böckler-Stiftung

Wie viele Beschäftigte werden in Deutschland nach Tarifvertrag bezahlt? Wie viele müssen nachts oder am Samstag arbeiten? Wie viele haben eine Teilzeitstelle? Wie viele können sich in ihrem Betrieb an einen Betriebs- oder Personalrat wenden? Wie hat sich die Zahl der mitbestimmten Unternehmen entwickelt? Wie groß ist das Armutsrisiko in verschiedenen Teilen Europas, wie hoch der gewerkschaftliche Organisationsgrad

in den Ländern der EU? Die neue digitale Datenkarte der Hans-Böckler-Stiftung liefert die aktuellen Zahlen zu den Themenfeldern: Beschäftigung, Einkommen, Arbeitszeit, Mitbestimmung, Arbeitsmarkt/Ausbildungsmarkt, Soziale Sicherheit, Gewerkschaftliche Daten, Wirtschaft/Finanzen sowie Umwelt/Gesundheit.

Die Datenkarte steht auf den Internet-Seiten der Hans-Böckler-Stiftung als pdf-Datei zum Download bereit, auch ausführlichere Daten für die einzelnen Bundesländer sind abrufbar unter:

www.boeckler.de/17065.htm

Unterrichtsmaterial zu Kindersoldaten

Schätzungsweise 250.000 Kinder und Jugendliche sind weltweit als Soldatinnen und Soldaten tätig. Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet Unterrichtsmaterial zum Thema:

www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/neues-themenblatt-zu-kindersoldaten/

Gute Arbeit

Der DGB-Index-Report 2016 Gute Arbeit hat den Themenschwerpunkt „Digitalisierung der Arbeitswelt“.

Download unter www.dgb.de

Schulabbruch

Fast 6 Prozent der Jugendlichen verlassen in Deutschland die Schule ohne Abschluss – erschreckend. Dabei schwankt die Quote je nach Landkreis und Stadt zwischen 1,7 und 15,6 Prozent. Dies zeigt die aktuelle Caritas-Bildungsstudie. Demnach verließen im Jahr 2015 bundesweit 47.435 Jugendliche die Schule ohne Hauptschulabschluss. Laut der Studie stieg die Quote bundesweit auf 5,9 Prozent

und liegt damit über dem Niveau der Jahre 2014 mit 5,7 Prozent und 2013 mit 5,6 Prozent.

Näheres unter www.caritas.de

DENK-doch-MAL.de

Akademisierung: Eine starke Herausforderung

Wir wollen in dieser ersten Ausgabe von DENK-doch-MAL.de in 2018 den Blick auf einige Facetten der veränderten Bildungsströme richten. Was ist dran am Untergang der dualen Berufsausbildung? Und: Ist das duale Studium nicht eine sehr vielversprechende Alternative?

www.denk-doch-mal.de

Arbeit der Zukunft

„Arbeit transformieren – Denkanstöße der Kommission Arbeit der Zukunft“, so heißt der von 32 Experten aus Praxis, Wissenschaft und gesellschaftlichen Institutionen entwickelte umfangreiche Bericht, der zum Thema 54 Denkanstöße liefert und dabei auch und insbesondere die Veränderungen durch die Digitalisierung in den Blick nimmt.

Download unter www.arbeit-der-zukunft.de

Qualität im dualen Studium

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat ein Positionspapier zum dualen Studium beschlossen. Duale Studiengänge werden in ihrer Bedeutung als innovative Bildungsangebote zur Fachkräftesicherung und Gestaltung individueller Bildungsbiografien hervorgehoben und „Empfehlungen zu den Qualitätsdimensionen für duale Studiengänge als Praxisanregungen/Orientierungshilfe“ formuliert. www.bibb.de/de/11703.php

493 Mio. Überstunden

Beschäftigte haben im Jahr 2016 mehr als 493 Mio. unbezahlte Überstunden geleistet. Insgesamt lag die Zahl der Überstunden 2016 bei 828 Mio. Für den recherchierenden Mathe- und Politikunterricht gut geeignet.

Ausgaben für Wohnen

Private Haushalte in Deutschland gaben in 2016 im Schnitt 877 € pro Monat fürs Wohnen aus – rund 35% ihres Budgets.

Ausgaben für Bildung gestiegen

Die öffentlichen Haushalte haben im vergangenen Jahr mehr in die Bildung investiert. Insgesamt gaben Bund, Länder sowie Kommunen 128,4 Milliarden Euro aus. Das sind 3,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Hälfte (49,9 Prozent) aller Ausgaben entfiel auf die Schulen, 23,2 Prozent auf die Hochschulen, 19,2 Prozent auf die Kindertageseinrichtungen und 7,7 Prozent in die Bildungsförderung.

DE vom 15.12.2017

Integration geflüchteter Menschen in Ausbildung

HA 49/2017 | 19.12.2017

In der Sitzung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) am 13. Dezember 2017 in Bonn haben sich die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder im BIBB-Hauptausschuss auf eine gemeinsame Position zur Integration geflüchteter Menschen in Ausbildung verständigt.

Näheres auf bibb.de: *Integration geflüchteter Menschen in Ausbildung*

Zusammenstellung und Ausführungen Dieter Staudt

BÜA – DIE FORTSETZUNG DER 105%-LÜGE

Zum neuen Schuljahr startete an 26 berufsbildenden Schulen in Hessen der Schulversuch Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung – BÜA. In diesem Schulversuch sollen die Schulformen zweijährige BFS zum mittleren Abschluss, einjährige HBFS und Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung zu einer Schulform zusammengefasst werden. Ziel ist der möglichst schnelle Übergang in eine Ausbildung. Die Rahmenbedingungen wurden in einer Ausschreibung im Amtsblatt Juni 2016 vom Ministerium beschrieben. Daran will sich das Ministerium jetzt nicht mehr halten und dies mit fadenscheinigen Begründungen. Aber eins nach dem anderen.

Das Positive zuerst

Alle Schulen arbeiten mit viel Engagement an der Umsetzung des Schulversuchs. Die Obergrenze von 16 Schülerinnen und Schülern pro Lerngruppe wird von fast Allen als das entscheidende Kriterium für die Teilnahme am Schulversuch benannt. Eindeutig positiv wird der sozialpädagogische Profilgruppenunterricht bewertet, sowie die Zuweisung von zwanzig Koordinationsstellen A12 und Personalmittel zur sozialpädagogischen Unterstützung. Auch die bisherigen angebotenen Fortbildungen und Unterstützungsangebote scheinen angenommen zu werden.

SuS-Zahlen BÜA

Nach den Zahlen der Novemberstatistik befinden sich in BÜA hessenweit 2.359 Schülerinnen und Schüler. Dies entspricht rund einem Fünftel aller Jugendlichen am Übergang ohne Ausbildung. Die regionale Verteilung der BÜA Klassen ist unterschiedlich. In einzelnen Schulämtern gibt es keine BÜA-Klassen und im Staatlichen Schulamt Kassel

gehen alle SuS in BÜA. Dies sind in Kassel 678 Schülerinnen und Schüler, also rund ein Viertel aller BÜA-SuS in Hessen.

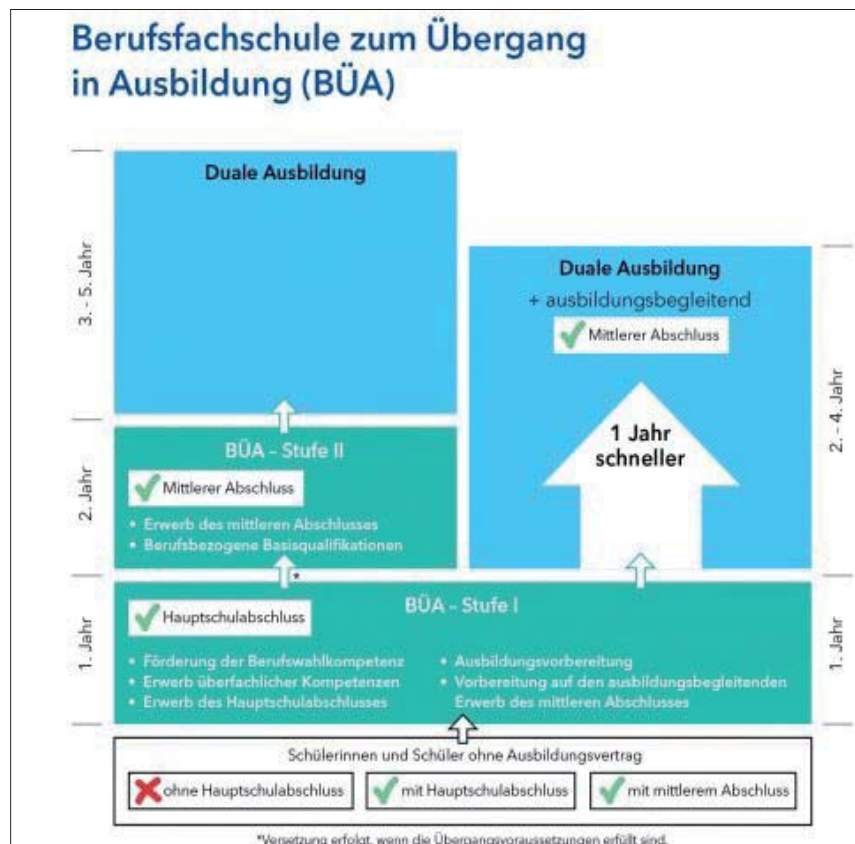
Schwierige Stundenplangestaltung

Ein Problem, das bereits von der GEW vorausgesagt wurde, taucht schon jetzt auf. Die Stunden-tafel sieht jeweils 3 Stunden in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch vor. Dies ist beim Unterricht im Klassenverband und den an berufsbildenden Schulen üblichen Doppelstunden im Stundenplan durch 14-tägigen Wechsel möglich. Bei Kursdifferenzierung geht dies nur noch mit immensem Aufwand. Hier wäre die Zuweisung von Wahlpflichtunterricht hilfreich, da zudem gerade in diesen Fächern noch besondere Entwicklungsbedarfe bei

der SuS-Klientel bestehen.

Kaum Unterricht im Klassenverband

Durch Leistungs- und Neigungsdifferenzierung in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch und durch Fachpraxisteilung im beruflichen Lernbereich findet kaum Unterricht im Klassenverband statt. Dies führt bereits jetzt zu vielen Problemen. So finden die SuS, die neu an der Schule sind, zu Beginn selten rechtzeitig ihre Unterrichtsräume. Fehlzeitenermittlung und Feststellung sind äußerst schwierig. Als Lösung haben Schulen die Einführung elektronischer Klassenbücher in Erwägung gezogen. Dies ist jedoch nicht möglich, da es dazu keine Rechtsgrundlage gibt.



Schematische Darstellung der Phasen I und II der Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) © HKM

Sozialpädagogische Fachkräfte bei Trägern mit befristeten Verträgen

Vorab: Die Mittel im Umfang von 0,2 Stellen pro Lerngruppe für sozialpädagogische Unterstützung sind bei weitem zu wenig. Dies bedeutet, dass sich eine Fachkraft um 80 Jugendliche kümmern muss.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte sind bei Trägern eingestellt und nur mit befristeten Verträgen. Auch die Tarifbindung der Träger ist nicht immer gegeben, sodass es vorkommen kann, dass diese Kolleginnen und Kollegen unter Tarif bezahlt werden. Hier wäre die GEW auf Rückmeldungen aus den Schulen angewiesen, wie die sozialpädagogischen Fachkräfte bei ihnen beschäftigt sind.

Die GEW hat den Kampf gegen das Befristungsunwesen im Bildungsbereich – ob nun sozialpädagogische Fachkräfte oder Lehrkräfte - ganz oben auf der Agenda stehen und wird die Kritik zu einem Schwerpunkt im Landtagswahlkampf 2018 machen. Bei den sozialpädagogischen Fachkräften in BÜA bekommt sie noch unerwartete Unterstützung von der wissenschaftlichen Begleitung des Schulversuchs. Diese erklärte, dass ein Erfolgsfaktor für den Übergang von ‚schwierigen‘ Jugendlichen in Ausbildung die personelle Kontinuität der sozialpädagogischen Betreuung ist und dass hierzu eine unbefristete Beschäftigung der sozialpädagogischen Fachkräfte notwendig sei.

90% Zuweisung zur Grundunterrichtsversorgung in BÜA

Der Zuweisungserlass sieht für die Grundzuweisung 30 Schülerwochenstunden vor, Differenzierungszuschläge außer für Praxisteilung sind keine vorgesehen. Die Ausschreibung des

Schulversuchs im Amtsblatt 06/16 (S. 157) sah für die Stufe I in der Stundentafel 33 Pflichtstunden vor. Zudem sieht die Ausschreibung (S. 156) Kursdifferenzierung in Deutsch, Mathematik und Englisch vor, was in integrierten Gesamtschulen eine zusätzliche Zuweisung notwendig macht. Darüber hinaus wird in allen Schulformen für den Religions- und Ethikunterricht ebenfalls ein Zuschlag zugewiesen, für BÜA nicht. Für BÜA ergibt sich somit keine versprochene 105%-Zuweisung, sondern eine von um die 90%.

Auch die Aussage des Ministeriums zur Zuweisung, dass diese jetzt besser sei wegen des Klassenteilers, stimmt lediglich für einen Teil der SuS. Für die SuS ohne Abschluss, die bisher im BVJ waren, verschlechtert sich die Zuweisung. Bisher gab es 31,3 Stunden für das BVJ bei gleichem Klassenteiler wie in der BÜA. Am Beispiel Kassel kann berechnet werden, dass die Schüler-Lehrer-Relation sich nur geringfügig verändert hat. Ohne BÜA wurden in Kassel im Schuljahr 2016/17 14,3 SuS durch eine Lehrkraftstelle betreut und 2017/18 sind es 13,6 Schülerinnen und Schüler. Man hat in BÜA gerade mal einen halben SuS weniger zu betreuen, aber dafür ist ein differenzierterer und individualisierter Unterricht notwendig.

Die Zuständigen im HKM argumentieren, dass in der Ausschreibung im Amtsblatt ein Fehler unterlaufen sei. Die drei Stunden Wahlpflicht seien eigentlich Wahlunterricht, wofür es keine Zuweisung geben würde. Zudem sei die ministerielle Vorgabe für BÜA, dass

die Stellenzahl gedeckelt ist. Dies dürfte denn auch der eigentliche Grund für die verringerte Zuweisung sein.

Kopfnoten in den Abschlusszeugnissen

Obwohl in der Ausschreibung im Amtsblatt Kopfnoten (hier geht es um die umstrittenen Kompetenzraster zum Sozialverhalten) nur für Halbjahreszeugnisse vorgesehen sind, sehen die geplanten Formulare der Abschlusszeugnisse jetzt wieder diese Kompetenzraster vor. Ich habe gegenüber der Projektleitung dies kritisiert und auf die Aussage des Ministeriums gegenüber dem HPRLL verwiesen, dass Kopfnoten in Abschlusszeugnissen rechtlichen Vorgaben widersprechen. Es ist zu hoffen, dass dies damit nun erledigt ist.

Was tun?

Bei den hier betroffenen SuS handelt es sich um Jugendliche, die die allgemeinbildenden Schulen ohne Ausbildungsplatz oder Schulabschluss verlassen, umgangssprachlich die Verlierer des Schulsystems. Dass gerade dort versucht wird, die Rahmenbedingungen zu verschlechtern, ist unerträglich.

Die Fachgruppe Berufsbildende Schulen der GEW hat beschlossen, ihren Unwillen über dieses Vorgehen des Ministeriums in einem offenen Brief an den Minister zu verdeutlichen. Es wäre wichtig, wenn sich diesem Protest möglichst viele Schulen anschließen würden. Hierzu ergeht ein gesondertes Schreiben an die GEW-Vertrauensleute an den Schulen.

Ralf Becker

**„Es kommt nicht darauf an, woher Sie kommen.
Es kommt darauf an, wohin Sie gehen wollen“**

(Aus dem Leitbild der BS 04 Hamburg)

DGB-JUGEND IN SÜDHESSEN AUF BERUFSSCHULTOUR

Zwischen dem 19. September und 5. Oktober fand auch in diesem Jahr wieder die Berufsschultour der Gewerkschaftsjugend

schultour in über 30 Unterrichtsbesuchen den Auszubildenden Tipps, welche Möglichkeiten sie haben, um sich beispielsweise gegen aus-

suche über 1000 Auszubildende erreichen. Mit vielen Jugendlichen haben wir über ihre Ausbildungsbedingungen gesprochen, welche Rechte und Pflichten sie haben und wer ihnen bei der Durchsetzung ihrer Rechte im Betrieb hilft. Insbesondere sind wir dabei auf die Jugend- und Auszubildendenvertretung als wichtigem Gremium der betrieblichen Interessenvertretung eingegangen.



in Südhessen statt. Zum Ausbildungsbeginn waren wir mit Haupt- und Ehrenamtlichen der Mitgliedsgewerkschaften und unseren ehrenamtlichen Teamer_innen in zahlreichen beruflichen Schulen in der Region unterwegs, um die Auszubildenden über ihre Rechte und Pflichten in der Berufsausbildung zu informieren und mit ihnen über die betriebliche Mitbestimmung zu sprechen. Diesmal wurden 15 Schulen aus Darmstadt, Dieburg, Lampertheim, Bensheim, Rüsselsheim, Groß-Gerau und Wiesbaden innerhalb der 3-wöchigen Tour besucht.

Auf dem Schulhof konnten wir mit einem großen Infostand die Aufmerksamkeit auf uns ziehen und kamen mit vielen Schüler_innen ins Gespräch. Neben den zahlreichen Infomaterialien, die wir dann zielgerichtet weitergeben konnten, gab es auch frisches Popcorn aus unserer Popcorn-Maschine für die Interessierten.

Darüber hinaus gaben wir während und nach der Berufs-

bildungsfremde Tätigkeiten oder ausufernde Überstunden zu wehren und informierten sie über Weiterbildungsmöglichkeiten, wie unsere Bildungsurlaube.

Zum Ende der 3-wöchigen Berufsschultour ziehen wir eine durchweg positive Bilanz

Wir sind an insgesamt 15 beruflichen Schulen von Dieburg über Lampertheim bis Wiesbaden unterwegs gewesen und konnten während unserer Unterrichtsbe-

Besonders freut uns die gute Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern der beruflichen Schulen in der Region. So konnten wir unsere zweistündigen Unterrichtseinheiten häufig im Rahmen des Sozialkundeunterrichtes durchführen. Als Expert_innen für die Berufsausbildung konnten wir vielen Azubis offene Fragen beantworten und auch etliche Fehlinformationen korrigieren. Damit die Azubis auch während ihrer Ausbildung immer auf aktuelle Infos zurückgreifen können, verteilten wir unter anderem an die Jugendlichen die jährlich von der DGB-Jugend aktualisierte Broschüre 'Deine Rechte in der Ausbildung', die bei den Azubis immer sehr gut ankommt.



Wir haben den Eindruck gewonnen, dass wir mit unserer Berufsschultour bei den Azubis wichtige Aufklärungsarbeit leisten konnten. Denn auch dieses Jahr gab es immer wieder Klagen der Azubis über ausbildungsfremde Tätigkeiten, sich häufende Überstunden oder mangelhafte Ausbildungsbedingungen. Bei diesen und anderen Fragen und Problemen rund um die Ausbildung ist die Gewerkschaftsjugend jederzeit für die Azubis da, um sie tatkräftig zu unterstützen. Wir wünschen allen Azubis bei ihrer Ausbildung viel Erfolg.



Wir kommen auch außerhalb der Berufsschultour gerne vorbei

Um unser Wissen in den Unterricht einzubringen, gibt es verschiedene Angebote. Sie reichen vom sechsstündigen Projekttag für Demokratie und Mitbestimmung bis zu Unterrichtseinheiten von 90 Minuten.

Generell gilt: je mehr Zeit uns im Unterricht eingeräumt wird, desto tiefer und besser können wir unser Wissen vermitteln.

Alle Angebote werden von erfahrenen jungen Menschen entwickelt und durchgeführt, die speziell für die Umsetzung inhaltlich und methodisch ausgebildet wurden. Unsere Ansätze sind:

- ✓ Die Teamenden sind jung (Prinzip Jugend für Jugend) und daher noch relativ nahe an der Zielgruppe.
- ✓ Während des Projekttag wird viel Wert auf Methodenvielfalt, Erlebnisorientierung und ju-

- gendgemäße Ansprache gelegt.
- ✓ Die Teams, die in die Klassen gehen, sind ehrenamtliche, speziell für diesen Tag ausgebildete Kolleg/innen, die möglichst eine regionale Anbindung in der DGB-Jugend haben.
- ✓ Unser Team bringt alle erforderlichen Materialien mit.
- ✓ Durch die bundesweiten Teamschulungen und Evaluationen wird ein hoher Qualitätsstandard erreicht.

Es gibt die Möglichkeit der Gestaltung einer ganzen Unterrichts-Reihe entlang der Module oder einer thematischen Konzentration auf einzelne Module. Dabei kann aus den jeweils 90-minütigen Themenmodulen

- *Gesellschaftliche Grundlagen*
 - *Gewerkschaftliche Basisarbeit*
 - *Mitbestimmung und*
 - *Deine Rechte in der Ausbildung*
- gewählt werden.

Kontakt: Simone Ball
DGB-Jugend Südhessen
Jugendbuero-suedhessen@dgb.de
06151-3997-17

Berufseinstieg nach der betrieblichen Ausbildung

Meist gelingt ein nahtloser Übergang von Holger Seibert und Gabriele Wydra-Somaggio

Die duale Ausbildung ist nach wie vor eine zentrale Stütze der Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft, obgleich sie zunehmend in Konkurrenz mit der akademischen Ausbildung steht.

Der Berufseinstieg verläuft für einen Großteil der Ausbildungsabsolventen weiterhin reibungslos. Rund zwei Drittel werden direkt vom Ausbildungsbetrieb übernommen. Vier Fünftel meistern den Berufseinstieg ohne zwischenzeitliche Arbeitslosigkeit.

Absolventen, die nicht vom Betrieb übernommen werden, verlassen häufiger die erlernte Berufsgruppe, insbesondere dann, wenn sie zwischenzeitlich arbeitslos werden.

Absolventen, die nach der Ausbildung zunächst arbeitslos sind, erzielen erkennbar niedrigere Einstiegs-

gehälter als solche, denen ein nahtloser Berufseinstieg gelingt. Dies gilt auch dann, wenn man weitere Faktoren wie den erlernten und ausgeübten Beruf oder den Wirtschaftszweig des Einstiegsbetriebes berücksichtigt.

Der Übergang in den Arbeitsmarkt gestaltet sich je nach Ausbildungsberuf sehr unterschiedlich: Ein relativ hohes Arbeitslosigkeitsrisiko tragen etwa Absolventen im Maler- und Lackiererhandwerk, aber auch in der Kfz-Technik, der Logistik, der Gastronomie oder im Verkauf. Ein niedriges Risiko weisen Absolventen in der Pflege, bei Banken und in der öffentlichen Verwaltung auf.

Der IAB-Kurzbericht Nr. 20 vom 20.09.2017 findet sich zum kostenlosen Download unter www.iab.de

Die allgemeinen Schwerpunkte der Arbeit des Hauptpersonalrats seit Oktober waren Verordnungsentwürfe zur Umsetzung des neuen Schulgesetzes, der Erlass zur Umsetzung der unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS) an Grundschulen, Sondermaßnahmen zur Entgegnung des Lehrkräftemangels in den Bereichen Grund- und Förderschule und die verbindliche Qualifizierung von Schulleitungen. Hinzu kamen Erörterungen, die noch nicht abgeschlossen sind, zu Beurteilungsrichtlinien, zur Sommerferienbezahlung bei befristet Beschäftigten, zur Werbung an Schulen und zur Führung von Klassenkonten.

Stellenbesetzungsverfahren (A12, A14, A15, A16)

Die bisherigen getrennten Erlasse für die Besetzung von Funktions- und Beförderungsstellen wurden zu einem Erlass zusammengefasst. In der Erörterung wurden einige Anregungen des HPRLL übernommen. Das Ministerium konnte jedoch nicht davon überzeugt werden, den generellen Unterschied zwischen Funktionsstellen und Beförderungsstellen in den Erlass hinein zu schreiben. Das Ministerium verwies darauf, dass dies durch Dienstordnung und Rechtsprechung geklärt sei und diese ja gelten. Die durch das Nichtbenennen im Erlass möglichen Konflikte und der höhere Schulungsaufwand von Schulleitungen und Personalräten waren den JuristInnen im HKM nicht zu vermitteln.

Direkteinstieg für IngenieurInnen Metall oder Elektro

Eine Forderung der GEW wird jetzt umgesetzt. Zum 1.2.2018 können nach über 10 Jahren wieder 20 FH-IngenieurInnen bzw. Bachelor-AbsolventInnen im Rahmen einer Sondermaßnahme eingestellt werden, in der sie zum Lehramt Metall oder Elektro mit den allgemeinen Fächern Mathematik oder Informatik ausgebildet werden.

In der Erörterung konnten wir das maximal Mögliche rausholen. So haben Bewerbungen auf der Rangliste Priorität und bereits befristet an Schule Beschäftigte sollen vorrangig ein Angebot erhalten. Insbesondere die Rahmenbedingungen für die TeilnehmerInnen haben sich im Vergleich zur Maßnahme 2007 wesentlich verbessert. Sie müssen nicht mehr zu den Unis reisen. Der Aufwand für Qualifizierung erfolgt in gleichem Umfang wie bei regulärem Studium und Referendariat. Die Qualifizierungsmaßnahme erstreckt sich über 3,5 Jahre. Die Unterrichtsverpflichtung ist gestaffelt. Im ersten Halbjahr bis Sommer 2018 besteht keine Unterrichtsverpflichtung, diese wird in den folgenden Halbjahren gesteigert (6, 12, 14, 14, 16, 23,5). Die durchschnittliche Unterrichtsverpflichtung über die 3,5 Jahre beträgt 12 Stunden. In der Unterrichtsverpflichtung ist Unterricht unter Anleitung enthalten. Die Dienststelle hat eine Entlastung für die Betreuung vor Ort zugesagt. Schulpersonalräten ist dringend anzuraten, bevor sie der Einstellung zustimmen, mit der Schullei-

tung die Entlastung der betreuenden KollegInnen zu klären. Sollten dabei Schwierigkeiten auftauchen, unterstützen wir gerne. Weitere Infos (Erlass, vorläufiger Ausbildungsplan usw.):

r.becker.gew@gmx.de

Klarstellungserlass zu Deputaten

Das Ministerium hat einen Erlass an die Schulen gesendet, in dem klar gestellt wird, welche Aufgaben aus welchem Deputat zu entlasten sind. Fortschreibung und Evaluation des Schulprogramms und somit auch das Qualitätsmanagement in SBS sind aus dem Leiterdeputat oder dem Leitungsdeputat zu entlasten. Auch wird klargestellt, dass aus dem Schuldeputat keine Entlastungen für Leiter- und Leitungsaufgaben erfolgen dürfen, auch in SBS. Erlass anfordern bei: r.becker.gew@gmx.de

700 sozialpädagogische Fachkräfte

Kurz vor der Bundestagswahl kündigte die Landesregierung 700 zusätzliche Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen an - auch ein Erfolg des anhaltenden GEW Protestes. Zum 1.2.2018 sollen 400 Fachkräfte an Grundschulen eingestellt werden. Lediglich 300 Stellen ab dem Sommer 2018 sind für andere Schulformen vorgesehen. Wie viele für die berufsbildenden Schulen vorgesehen sind, ist bisher nicht bekannt.

Ralf Becker

ÜBERGANG GEFLÜCHTETER IN AUSBILDUNG

Die Integration von jungen Menschen in Gesellschaft und Arbeit erfolgt insbesondere in Deutschland über die Berufsausbildung oder ein Studium. Somit steht momentan die Frage der Integration von Geflüchteten in Ausbildung ganz oben auf der Agenda.

Förderung Geflüchteter in dualer Ausbildung

Das Ministerium denkt darüber nach, zur Förderung von Geflüchteten in dualer Ausbildung den zweiten vollen Berufsschultag und somit 16 Wochenstunden verpflichtenden Berufsschulunterricht einzuführen. Um festzustellen, wo und wie dies geschehen kann, wurde im November 2017 anhand der LUSD die Zahlen ermittelt; mit erstaunlichem Ergebnis. Es gibt bereits über 1.900 Zugewanderte in dualer Ausbildung. Dies sind weit mehr Menschen als die 380, die laut Pressemitteilung des HKM den offiziellen Weg über INTEA in Ausbildung gegangen sind. Hier ist dringendes Handeln des Ministeriums geboten, eine Konzeption zu entwickeln und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Landesinitiative „Pflege in Hessen integriert!“

Sozial- und Kultusministerium haben die Landesinitiative „Pflege in Hessen integriert!“ aufgelegt. Diese zielt nach Aussage des HKM auf verbesserte Übergänge in die Pflegeberufe, hierbei setzt sie einen Schwerpunkt auf die Altenpflege, insbesondere die Altenpflegehilfe. Neben der Verstärkung pflegerischer Komponenten in regu-

lären Angeboten der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung besteht die Initiative im Wesentlichen aus zwei Maßnahmen: Pflagetagen an beruflichen Schulen und dem Ausbildungsprojekt, Verbindung der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung in Teilzeitform mit der Altenpflegehilfeausbildung.

Pflagetage an beruflichen Schulen

Pflagetage sollen Schülerinnen und Schülern insbesondere der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung, aus InteA-Klassen und aus zweijährigen Berufsfachschulen das Berufsfeld der Altenpflege möglichst niedrigschwellig näherbringen, über die Altenpflegeausbildung und die möglichen Qualifikationswege informieren und für die Ausbildung werben. 2017 wurden an 9 beruflichen Schulen für fast 1.800 Schülerinnen und Schüler Pflagetage durchgeführt.

Ausbildungsprojekt Altenpflegehilfe

Dies ist ein Kooperationsprojekt zwischen beruflichen Schulen und Altenpflegesschulen. Es zielt auf eine berufliche Integration von Zugewanderten in den Pflegesektor (hier: Altenpflegehilfe). Ziel ist der Erwerb eines Abschlusses in der Altenpflegehilfe (in Verantwortung einer Altenpflegeschule) verbunden mit dem parallelen Erwerb eines Hauptschulabschlusses in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung-Teilzeit (in Verantwortung einer beruflichen Schule). Hierbei erfolgt eine gezielte Unterstützung im Spracherwerb, durch Verstär-

kung des Deutschunterrichts in den BzB sowie ergänzend durch eine arbeits- und ausbildungsintegrierte Sprachförderung.

Das Projekt läuft drei Jahre. Es sind 10 Standorte mit jeweils 16 Schülerinnen und Schülern geplant (Beginn Sommer 2018). Die Beschulung an der beruflichen Schule soll auf Basis der BzB Teilzeit, d. h. zweijährig, erfolgen. In der übrigen Zeit wird in einer kooperierenden Altenpflegeschule zur Altenpflegehilfe ausgebildet. Mit dem HS-Abschluss aus BzB und dem Altenpflegehilfeabschluss ist eine Weiterqualifizierung mit Anrechnung in der Fachschule für Altenpflege möglich.

Fragen über Fragen

Ein zweiter voller Berufsschultag wird schon seit Jahrzehnten von der GEW gefordert. Er kann aber nicht nur für Zugewanderte umgesetzt werden, sondern muss zur Regelform für alle Auszubildende werden. Hier sind sich selbst die hessischen Sozialpartner einig, nur die Landesregierung sträubt sich, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das hier Beschriebene sind erste Informationen zu Planungen der Landesregierung. Hieraus ergibt sich eine Vielzahl von Fragen, die der HPRLL in naher Zukunft mit dem HKM erörtern werden wird. In der nächsten Ausgabe werden weitere Infos folgen.

Ralf Becker

Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.

Albert Einstein

Im sogenannten „Agilen Verfahren“ haben sich die Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) im Frühjahr 2017 auf eine inhaltliche Richtung zur Überarbeitung der Berufsbilder mit dem Ziel verständigt, wie sie den Entwicklungen in der Industrie aufgrund der Verbreitung der Digitalisierung gerecht werden können. Neben Hinweisen zur Umgestaltung von Berufsbildern ist damit ein umfangreiches Maßnahmenpaket verbunden, um die Berufsbildung möglichst intensiv zu modernisieren. Im nachstehenden Artikel werden daraus wesentliche Eckpunkte vorgestellt.

AUSBILDUNG UND QUALIFIZIERUNG FÜR INDUSTRIE 4.0

Handlungsempfehlungen für die Metall- und Elektroindustrie

Auf Grundlage einer Sozialpartnervereinbarung vom April 2016 zwischen IG Metall, Gesamtmetall, dem Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie und dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau wurden in einem „Agilen Verfahren“ zum Thema Ausbildung und Qualifizierung für Industrie 4.0 gemeinsame Handlungsempfehlungen erarbeitet. Darin werden die neuen veränderten Anforderungen an Beschäftigte und Betriebe aufgezeigt und konkrete Vorschläge für Maßnahmen und Initiativen in der Aus- und Weiterbildung erarbeitet.

Handlungsempfehlungen

- ✓ **Erstellung branchenübergreifender Berufsinformationen**
Es gibt aktuell Forderungen nach neuen Berufen und neuen Berufsinhalten, aber viele Betriebe wissen gar nicht, dass es schon Aus- und Weiterbildungen gibt, die auch diese neuen Themenfelder inhaltlich abdecken. Für Berufsexperten und Beschäftigte in Unternehmen werden kompakte und gut strukturierte Informationen erarbeitet, die aufzeigen, welche Ausbildungsberufe und Fortbildungsprofile im Industrie 4.0-Workflow im Einzelnen relevant sind, welche Kernkompetenzen sie auszeichnen, welche Tätigkeits-

felder abgedeckt werden.

- ✓ **Gestaltungshinweise/Umsetzungshilfen für die Industrie 4.0 Aus- und Fortbildung**

Es müssen Praxishilfen zur Konkretisierung von Industrie 4.0 relevanten Kompetenzen und den zugeordneten Qualifizierungsinhalten in den betrieblichen Ausbildungsrahmenplänen und schulischen Rahmenlehrplänen erstellt werden.

- ✓ **Teilnovellierungen curriculärer Vorgaben in Ausbildungsordnungen**

Es soll für die Berufe im M+E-Bereich in einem schlanken Verfahren die Aufnahme der grundlegenden Industrie 4.0-Kernthemen handlungsorientiert in die bestehenden Ausbildungsrahmenpläne und Rahmenlehrpläne erfolgen.

- ✓ **Aufnahme optionaler Zusatzqualifikationen für zentrale Industrie 4.0 Tätigkeitsbereiche**

Für bundesweit nachgefragte, berufsübergreifend und interdisziplinär begründete Qualifikationsanforderungen in zentralen Tätigkeitsfeldern von Industrie 4.0 sind Zusatzqualifikationen ein kurzfristig realisierbares Angebot. Diese werden in Verordnungen beschrieben und sind ein freiwilliges Angebot für die

Betriebe, die in dem Themenfeld unterwegs sind oder sich gerade im Wandel befinden. Hier greift das aktive Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte.

- ✓ **Neuordnung von Ausbildungsberufen/Fortbildungsprofilen**

In den vorliegenden Untersuchungen und Studien werden keine Berufsprofile bzw. neue Tätigkeitsbereiche genannt, für die kurzfristig ein grundlegender Neuordnungsbedarf gesehen wird. Um aber den aktuellen Entwicklungen gerecht zu werden, muss dies regelmäßig überprüft werden. Die Sozialpartner werden sich aus diesem Grund jährlich hinsichtlich aktueller Veränderungen und den daraus resultierenden Anforderungen austauschen.

- ✓ **Qualifizierung des betrieblichen Bildungspersonals/der schulischen Lehrkräfte**

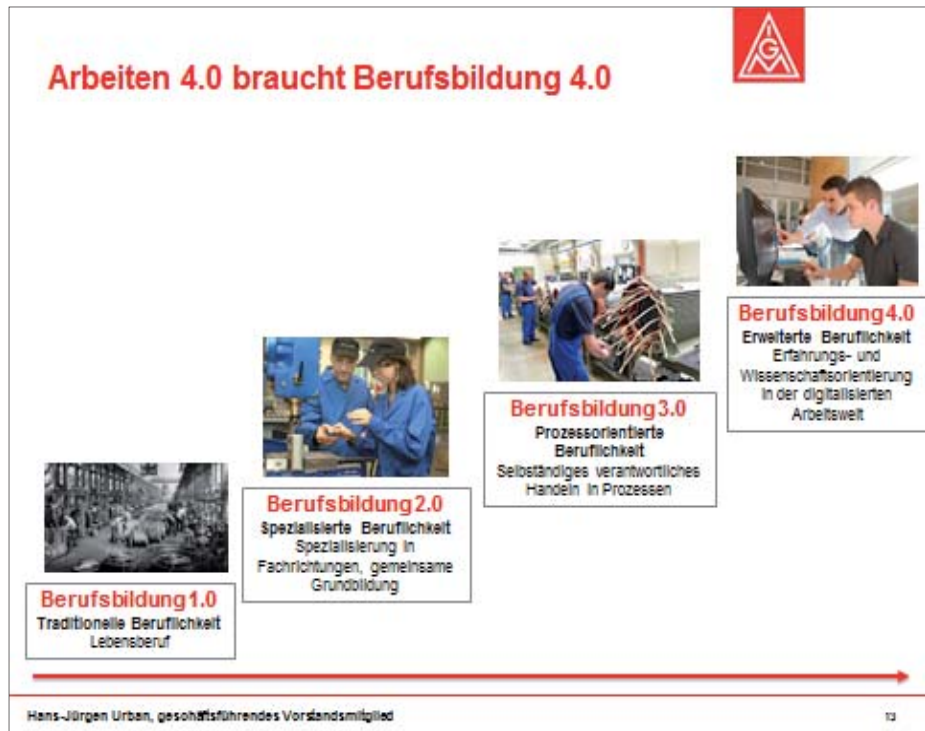
Für beide Zielgruppen geht es dabei um fachlich-inhaltliche, methodisch-didaktische und medientechnische Themen im Kontext von Digitalisierung und Industrie 4.0. Die Sozialpartner werden diesbezüglich Projekte im Rahmen der BMBF-Förderbekanntmachung „Transfernetzwerke Digitales Lernen in der beruflichen Bildung“ (DigiNet) beantragen. Vom BMBF und den

Kultusministerien der Länder müssen Industrie 4.0 Qualifizierungsprogramme für betriebliches Bildungspersonal und schulische Lehrkräfte etabliert werden.

✓ **Arbeiten und Lernen in Industrie 4.0 Arbeitsprozessen**

Die Bedeutung vom Lernen am Arbeitsplatz steigt extrem. Das Bildungspersonal muss sich darauf einstellen und es muss eine betriebliche Lernumgebung geschaffen werden. Im Unterschied zu traditionellen Kursen, Schulungen und Seminaren lernen Teilnehmer einer arbeitsprozessorientierten Qualifizierung überwiegend in ihrem Arbeitsfeld und mit ihrem Team direkt in den Arbeitsprozessen. Ziel wird es sein, dieses informelle Lernen systemisch und nachhaltig zu fördern. Gefördert und gestaltet werden müssen hier die Integration von Arbeiten und Lernen in Industrie 4.0 Arbeitsprozessen in Verbindung mit der Nutzung und Erprobung von Industrie 4.0 spezifischen Lerntechnologien.

✓ **Qualifizierungsinitiative für die Berufs- und Fachschulen**
Hier wird es Aktivitäten der Sozialpartner geben hinsichtlich länderübergreifenden, bedarfsorientierten Förderungen der technisch/medialen Industrie 4.0 Ausstattung von Berufs- und Fachschulen in direkter Verbindung mit modularen betriebsnahen Lehrerfortbildungsangebote in den Bereichen der Digitalisierung und Industrie 4.0. Gleichzeitig muss eine Verankerung von Inhalten der Digitalisierung in einem fachbereichsübergreifenden Ansatz und von Industrie



4.0 Inhalten in einem fachbereichsspezifischen Ansatz in den Studieninhalten von Berufsschullehrkräften stattfinden.

Weiteres Vorgehen

In einem ersten Schritt werden die industriellen Metallberufe, die Elektroberufe und der Beruf Mechatroniker/in inhaltlich in einem verkürzten Verfahren novelliert. Diese Änderungsverordnungen sollen dann eine neue integrative Berufsbildposition enthalten zum Thema: „Digitalisierung der Arbeit, Datenschutz und Informationssicherheit“ (Arbeitstitel). Des Weiteren soll es in den Ausbildungsrahmenplänen der genannten Berufe kleinere Ergänzungen hinsichtlich des Themas Digitalisierung geben. Letztendlich werden in elf Berufen noch drei unterschiedliche Zusatzqualifikationen eingearbeitet. Ziel der Sozialpartner ist ein Inkrafttreten

der Änderungsverordnungen zum 1. August 2018.

Aktueller Stand zum Verfahren

Der Verordnungsentwurf mit dem Ausbildungsrahmenplan war bis zum 20.12.2017 in der Anhörung der Spitzenverbände. Die Rahmenlehrplanausschüsse Metall, Elektro und Mechatronik zur Anpassung der schulischen Rahmenlehrpläne haben vor dem Jahreswechsel ihre Arbeit abgeschlossen. Am 18.01.2017 erfolgen beim BMBF die letzten Abstimmungen von Bund und Ländern. Im Mai sollen die Verordnungen ins Bundesgesetzblatt.

*Frank Gerdes,
IGM Bundesvorstand*

Weitere Infos unter: <https://wap.igmetall.de/15833.htm>



Anmerkung der Redaktion

Dies ist die gekürzte Version eines Artikels aus der Zeitschrift lernen & lehren. Sie erscheint vierteljährlich. Weitere Infos unter <http://www.bag-elektrometall.de/>

NEUVERTEILUNG DER ABTEILUNGSLEITERSTELLEN

Im Amtsblatt 10/2017 wurde der Erlass für eine neue Verteilung der Abteilungsleiterstellen veröffentlicht. Die Personalversammlung der Gewerblichen Schulen des Lahn-Dill-Kreises hat hierzu am 07.12.2017 ein Schreiben an den Hessischen Kultusminister gerichtet, das wir im Folgenden dokumentieren. Hintergrundinfos liefert der Kasten.

Sehr geehrter Herr Minister Prof. Dr. Lorz,

in Ihrer Regierungserklärung vom 26.09.2017 erklären Sie „die Sicherung und Entwicklung der Qualität von Schulen und Unterricht“ als Grundlage des Handelns an hessischen Schulen. Annähernd gleichzeitig veröffentlichen Sie einen Erlass, der zum Wegfall einer Abteilungsleiterstelle an den Gewerblichen Schulen und zu einer eklatanten Beeinträchtigung der Arbeit unserer Schule führen wird. Damit wird das o.g. Ziel für unsere Schule ad absurdum geführt. Diese

- ✓ 2300 wöchentliche Unterrichtsstunden werden gegeben,
- ✓ in 7 Berufsfeldern,
- ✓ 10 Schulformen,
- ✓ ca. 40 Ausbildungsberufen
- ✓ und Schwerpunktschule InteA, Kooperationspartner von Mittelstufenschulen, Teilnahme am Schulversuch BÜA, Europaschule, Kooperationspartner der Technischen Hochschule Mittelhessen,



Situation trifft auch auf viele andere komplex organisierte Berufliche Schulen zu, die ein differenziertes Angebot für ihre Region vorzuhalten haben.

Die Gewerblichen Schulen Dillenburg sind ein Ort der Aus- und Weiterbildung für

- ✓ 2000 Schüler,
- ✓ unterrichtet von 140 Lehrkräften,

Die Schule ist mit den Ausbildungspartnern und den entsprechenden Institutionen, mit den abgebenden Schulen, Sozialpartnern wie Jugendhilfe, Agentur für Arbeit, Jobcenter, ... intensiv vernetzt. Dazu braucht es eine starke mittlere Organisationsebene.

Die Gewerblichen Schulen können als sehr komplexes und hochdifferenziertes Organisationssystem diese Aufgaben mit



der reduzierten Anzahl der Abteilungsleiterstellen nicht mehr mit hoher Qualität und Engagement wahrnehmen. (Wir verweisen hier z.B. auf Ihren Besuch unserer InteA - Maßnahme am 22. Januar 2016).

Die Schule ist bisher in 6 Abteilungen organisiert. Abteilungen sind der Kristallisationspunkt einer effizient koordinierten und zielführenden Arbeit der Schule. Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter sind eigenverantwortlich in unserem Haus zuständig für

- alle Aufgaben der ordnungsgemäßen und pädagogischen Unterrichtsorganisation und -entwicklung bis hin zur Stundenplanerstellung, die einen engagierten Unterricht ermöglicht,
- eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Unterrichtsangebotes in den Berufsfeldern,
- die organisatorische Weiterentwicklung des Unterrichtsangebots u.a. entsprechend den regionalen und betrieblichen Anforderungen,
- die Organisation und Durchführung der Kooperation mit den dualen Partnern der Berufsschule, um eine qualitativ anspruchsvolle und nachhaltige Berufsausbildung zu gewährleisten,
- die Organisation und Vertiefung der institutionellen Kontakte zu den vielfältigen Partnerinstitutionen von Industrie, Handwerk, Fachverbänden, sozialen Einrichtungen des Sozialwesens,

den Trägern der öffentlichen und privaten Einrichtung der Erziehungshilfe, den Sozialpartnern, der Flüchtlingsbetreuung, usw. auf allen Ebenen,

- die verordnungskonforme Organisation und Durchführung von Prüfungen,
- die Planung und Umsetzung der Investitions- und Kostenhaushalte der Abteilung,
- fachgerechte Personalanforderungen und Personalentwicklungsmaßnahmen,
- die intensive Mitarbeit im Schulleitungsteam zur Gestaltung der Belange der gesamten Schule,

- engagierte Mitarbeit in der Ausbildung von Lehramtsstudierenden und Lehrkräften im Vorbereitungsdienst
- und vieles mehr.

Wir fordern Sie, Herr Minister Prof. Dr. Lorz auf, die Kürzung der Stellen für Abteilungsleiter an den Gewerblichen Schulen des Lahn- Dill- Kreises zurückzunehmen. Weiterhin fordern wir Sie auf, das Schulleitungsdeputat um 50% zu erhöhen, wie seit Jahren gefordert. Nur so sind die Qualität des schulischen Angebots an den Gewerblichen Schulen und die Zusammenarbeit mit den Partnern der

beruflichen Bildung in der bisherigen Intensität aufrecht zu erhalten.

Unsere Schule, die Gewerblichen Schulen des Lahn- Dill- Kreises in Dillenburg, muss eine gut geleitete Schule bleiben, damit sie weiterhin für die Menschen der Region ein zukunfts-fähiges Bildungsangebot bereitstellen und für die wirtschaftliche Entwicklung der Region gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stellen kann.

i.A. Der Personalrat der Gewerblichen Schulen des Lahn- Dill- Kreises

Zur Erläuterung

Im bisher angewendeten alten Erlass wurde die Zahl der Abteilungsleitungsstellen nach der Lehrerstellenzahl festgelegt. Dies war aber nur eine Orientierungshilfe für die Schulämter bei der Verteilung auf die einzelnen Schulen. Denn nach diesen Regelungen hätten über 10% Stellen (insgesamt 65) im Haushalt mehr zur Verfügung stehen müssen. Von daher hatten die berufsbildenden Schulen eine durchschnittlich 90%ige Versorgung mit AL-Stellen, aber es gab auch Schulen mit über 100% und andere mit weniger als 80% Versorgung.

Der neue Erlass legt, wie in den allgemeinbildenden Schulen auch, die Verteilung der vorhandenen AL-Stellen nunmehr verbindlich fest. Grundlage sind gewichtete Schülerzahlen. Vollzeit-SuS werden einfach gerechnet und SuS der Teilzeitberufsschule mit 0,4. Danach gibt es zukünftig für die berufsbildenden Schulen 24 AL-Stellen mehr. Dies führt dann auch dazu, dass nur wenige Schulen (10 von 106) in Zukunft weniger AL-Stellen haben werden wie momentan.

Die GEW und der Hauptpersonalrat hatten den Erlassentwurf intensiv diskutiert. Mit dem neuen Erlass wird zumindest Transparenz geschaffen. Jede Schule kann nachvollziehen, wie viele AL-Stellen ihr zustehen und kann damit planen. Ob mit dem neuen Schlüssel auch eine bedarfsgerechte Verteilung umgesetzt wird, sahen wir skeptisch. Der HPRL hat

deshalb dem Erlass nicht zugestimmt. Da uns aber auch keine gerechteren Kriterien eingefallen sind, haben wir den Erlass nicht ablehnen können.

Der Minister hat der Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an Beruflichen Schulen Gespräche zu dem Thema zugesagt, die demnächst stattfinden sollen. Sollte es eine Arbeitsgruppe geben, die gerechtere Kriterien erarbeiten soll, wird die GEW oder der HPRL gerne darin mitarbeiten.

Solange die Zahl der AL-Stellen aber durch den Haushalt gedeckelt bleibt, wird es keine Verteilung geben, die von allen als bedarfsgerecht empfunden wird. Mehr Stellen sind nötig und somit ist der Landtag gefragt und politischer Druck erforderlich.

Ein weiterer wichtiger Punkt wird von der Personalversammlung aus Dillenburg genannt. Den Schulen fehlt es an Zeit, ihre Aufgaben zu erfüllen. Genauso wie die Unterrichtsverpflichtung viel zu hoch ist und wie das Schuldeputat bei weitem nicht ausreicht, um die zusätzlichen Aufgaben zu erfüllen, muss auch den Schulleitungen Zeit durch eine deutliche Erhöhung des Schulleitungsdeputats zur Verfügung gestellt werden, um ihre Aufgaben bewältigen zu können.

Ralf Becker

neue Publikationen

Klimadetektive in der Schule – jetzt aktiv werden!

Hrsg.: Umweltbüro Nord e.V.

Das ganze große Klima-Thema in die Schule holen, gemeinsam Energiefresser aufspüren oder Ideen für eine umwelt- und klimagerechte Schule entwickeln und sie auch umsetzen. Und dabei Wissen bzw. Kompetenzen aus dem Fachunterricht vertiefen... – Das ist die Idee der Aktion „Klimadetektive in der Schule“. Die jetzt erschienene 3. Auflage der gleichnamigen Broschüre enthält dafür Arbeitsanleitungen und Praxisbeispiele aus Schulen sowie – als Dateien auf einer CD – die Checklisten für den Klimacheck.



Der Klimacheck ist modular aufgebaut. Die ältesten Schüler durchleuchten den technisch anspruchsvollen Bereich der schulischen Energiewirtschaft. Die

Untersuchungsergebnisse können zu einer CO₂-Bilanz der Schule zusammengeführt werden und als Grundlage für sinnvolle Klimaschutzaktivitäten dienen.

(www.umweltschulen.de/umweltbuero)

ISBN 978-3-00-057686-7

Schulen Planen und Bauen 2.0

Hrsg.: Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft



Wie plant und baut man eine gute Schule? In einer komplett überarbeiteten Neuausgabe gibt das Arbeitsbuch Antworten auf diese Frage. Führende Expert/innen aus den Bereichen Architektur, Pädagogik und Verwaltung erläutern Grundlagen, Prozesse und Projekte. Das Buch ist Appell und Handreichung für einen leistungsfähigen Schulbau, der den heutigen pädagogischen und architektonischen

Anforderungen gerecht wird.
ISBN 978-3-7727-1168-8

Phase Null – Der Film

Hrsg.: Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft

Wie plant und baut man eine gute Schule? Der Film (149 Min.) zeigt, wie im Hamburger Stadtteil Osdorf-Lurup ein Schulbau in einem moderierten Prozess der Phase Null geplant wird: Ein Team aus einem Architekten und einem Pädagogen entwickelt gemeinsam mit allen Beteiligten vor Ort die Eckdaten des Schul- und Raumprogramms. Ihr Auftrag: ein bedarfsgerechtes Konzept pädagogischer Architektur, das den Menschen in der Schule und im Stadtteil in besonderer Weise gerecht wird.



ISBN 978-3-7800-4843-1

WIDER BESSEREN WISSENS - ÖPP - BILANZ

Der Pakt mit privaten Investoren kommt uns teuer zu stehen

Schon vergessen? Knapp vor der Bundestagswahl wurde mithilfe von Fehlinformation die private Autobahngesellschaft durchgedrückt und dafür das Grundgesetz geändert. Kurz darauf verklagten private Autobahnbetreiber den deutschen Staat auf 787 Millionen Euro. Bei diesem Schurkenstück haben nicht nur die damaligen Regierungsparteien CDU, CSU und SPD, sondern über ihre Mitgliedschaft in Länderregierungen auch Grüne und sogar Die Linke mitgewirkt. Und gleichzeitig haben sie dem Zentralstaat den direkten Durchgriff auf die Kommunen verschafft, für ÖPP-Projekte im Schulbau. Auch mit der „Schwarzen Null“ wurden Zwänge geschaffen: Der Staat soll „sparen“. Damit sollen die öffentlichen Haushalte „saniert“ und neue Kredite eingeschränkt werden. Doch dieser Zangengriff von Schwarzer Null und Öffentlich Privater-Partnerschaften, ÖPP, ist für Bürger wie öffentliche Haushalte eine Katastrophe.

Fangen wir bei der Schwarzen Null an. Die „Sanierung“ sieht dann so aus: Brücken, Schulen, Schwimmbäder, Straßen, Kanalisationen, Wasserwege, Leitungssysteme verfallen, werden gesperrt oder geschlossen oder nicht saniert oder werden erst gar nicht gebaut. Und das Leben in den Kommunen wird teurer, scheinchenweise: erhöht werden Gebühren für Kindertagesstätten, Toten- und Erbscheine, Personal- ausweise, Leichenverbrennung und Gräber. Erhöht werden die Eintritte für Schwimmbäder, Mu-

seen und Theater. Fürs Mittagessen in Ganztagschulen und Kindergärten muss noch mehr zugezahlt werden. Die Grundsteuer wird erhöht und auf die sowieso schon steigenden Mieten noch draufgepackt. Sparen und sanieren heißt: Das Leben der Bürger wird teurer.

Kommen wir zum zweiten Teil des Zangengriffs, ÖPP- der Ausweg, wenn dann doch zuviel gespart wurde. Diese Finanzierungsmethode zieht eine breite Spur des Scheiterns hinter sich her. Und es sind nicht irgendwelche kleinen Krauter, die sich hier verkalkulieren. Nein- es ist die Creme der Baukonzerne: Hochtief, Bilfinger, Vinci, John Laing; die Creme der Banken: Deutsche Bank, Commerzbank, Unicredit; die Creme der Berater: Freshfields, Ernst & Young, Heuking & Partner.

Einige Beispiele des Scheiterns: Bei der Lkw Maut Toll Collect schulden Daimler, Telekom und Vinci dem Staat wegen Nicht-Leistung immer noch 7 Milliarden Euro, Kosten für erfolglose Beratung: 120 Millionen. Autobahn A 1 Bremen-Hamburg: Nachforderungen der Investoren 787 Millionen. Elbphilharmonie Hamburg: Verzehnfachung der Kosten von 70 auf 700 Millionen. Messehallen Köln: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erklärte wegen des Gemauschels den Vertrag mit dem Investor für unwirksam, aber die Stadt zahlt weiter. World Conference Center Bann (WCCB): Mit mehreren hundert Millionen Euro musste die Stadt sich verschulden, um das Konferenzzentrum selber fertigzustellen.

Bei Bädern wie in Leimen, Borsten und Fürth gingen Investoren reihenweise pleite: Hohe Folgekosten für die Kommunen. Landkreis Offenbach: Hochtief und Vinci trieben die Mieten für ein Vorzeigeprojekt mit 90 Schulen fast auf das Doppelte hoch. Um zahlen zu können, hat die Landkreisverwaltung hunderte Arbeitsplätze abgebaut.

Die ÖPP-Bilanz: Bund, Bundesländer und Kommunen verschulden sich zusätzlich, auf Jahrzehnte. Und nicht nur das: Die Investoren schröpfen ihre Subunternehmer. Öffentlich Bedienstete, z. B. bei Schulen die Hausmeister, werden in Billig-Tochterfirmen überführt. Trotzdem hat jetzt die Stadt Köln beschlossen, vier weitere Schulen 25 Jahre lang nach dem ÖPP-Muster betreiben zu lassen.

Die Kritik von Bundesrechnungshof und Landesrechnungshöfen wird beiseite geschoben. Keine Regierung zieht Bilanz: Verdrängen, beschönigen, Augen zu und durch - das ist die Parole. Die gescheiterten ÖPP-Fundis wollen in neuer Formation weiterregieren.

Wer wenn nicht Gewerkschaften und Bürgerinitiativen müssen und können hier endlich mal kräftig auf den Putz hauen? Gegen das abgekartete Spiel mit der Autobahn-Gesellschaft haben die Proteste ja schon Fahrt aufgenommen: Weiter so und noch eins drauflegen!

WERNER RÜGEMER
freier Autor und Publizist

In ihrem überaus lesenswerten Beitrag zur Inklusion in der beruflichen Bildung allgemein verorten die Autorinnen Julia Gillen und Jana Wende auch die Produktionsschule, und zwar als Ort der Umsetzung inklusiver Bildung. Wir dokumentieren die entsprechende Passage (DS).

4.2 BERUFLICHE BILDUNG AN PRODUKTIONSSCHULEN

Die Grundidee der Produktionsschulen ist an arbeitsnahem Lernen mit eigenen erwerbsorientierten Produktionen orientiert, wobei das Arbeiten mit dem Lernen kombiniert und didaktisch entsprechend vermittelt wird. Produktionsschulen sind im Sinne der oben eingeführten Systematik als inklusives Ausbildungskonzept anzusehen und dienen der beruflichen Orientierung, Vorbereitung sowie der Qualifizierung von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Daher ist hier von einem eher weit gefassten Inklusionsverständnis auszugehen. „Produktionsschulen bieten mit ihrem pädagogischen Konzept und bewährten Praktiken Chancen zur Umsetzung inklusiver Bildung. Produktionsschulen setzen an der Heterogenität ihrer Zielgruppe an, indem sie in ihrer Arbeit die Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen. Flexible Lernwege und Individualisierung (individuelle Förderung), unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen (Subjekto-

rientierung) sowie Voraussetzungen (Kompetenzansatz), aber auch die Lebenswelten (Lebensweltorientierung) aller Lernenden sind elementare pädagogische Leitlinien“ (Gentner 2016, 131).

Wie beispielsweise der Name „Werkstatt-Schule“ einer Produktionsschule in Hannover verdeutlicht, findet der Unterricht überwiegend in Werkstätten sowie im Dienstleistungsbereich statt, in denen die Jugendlichen an realen Kundenaufträgen arbeiten und dabei implizit lernen.

Dies ist insbesondere für Jugendliche mit negativen Schulerfahrungen von Vorteil. „In Abgrenzung zum traditionellen Lernen betonen Produktionsschulen den experimentellen Charakter und das Selbstlernen bei den Lehrenden und Lernenden (pädagogische Prinzipien: Zulassen, Ausprobieren, Entdecken und Fehlerkultur)“ (ebd. 134). Diese Möglichkeiten des Erprobens

und beruflichen Handelns fördern nicht nur die berufliche Handlungskompetenz, sondern insbesondere das Erleben von Selbstwirksamkeit und Verantwortung für das eigene (berufliche) Handeln und stärkt zugleich die personalen Kompetenzen. Diese pädagogische Grundhal-

tung und Wertschätzung entspricht den eingangs geforderten Haltungen und Einstellungen zu inklusiver beruflicher Bildung. Ebenso kommt die individuelle Förderung mit entsprechenden Lernwegen und Handlungsfeldern dem Ansatz von Inklusion sehr nah.

Zudem arbeiten an Produktionsschulen multiprofessionelle Teams bestehend aus Lehrkräften für allgemeinbildende, berufliche und förderpädagogische Schulen, Fachpraxislehrkräfte, Technikerinnen und Techniker sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen eng zusammen.

Damit es nicht nur beim Arbeiten im „Schutzraum“ der Produktionsschule bleibt, finden begleitete und reflektierte betriebliche Praktikumsphasen mit regionalen Kooperationspartnern statt, um den Jugendlichen den Weg auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Die Ansätze des berufspädagogischen Ansatzes von Produktionsschulen lassen konstatieren, dass dies durchaus als ein inklusiver Raum beruflicher Bildung gesehen werden kann.

*Aus: Julia Gillen/Jana Wende: **Inklusion in der beruflichen Bildung – Status Quo, Konsequenzen und Potenziale für Forschung und Lehre***

<https://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/445/330>

Auswahlbibliographie Produktionsschule

Die vom Bundesverband Produktionsschulen erstellte neue Auswahlbibliographie weist deutschsprachige Fachliteratur zum Themenbereich „Produktionsschule“ ab dem Erscheinungsjahr 1921 nach. Sie ist alphabetisch nach Autoren bzw. Herausgebern geordnet.

www.bv-produktionsschulen.de

SCHULE IN ZEITEN VON TRUMP UND PEGIDA

Wie der Politikunterricht unter die Räder gerät und wie das zu verhindern ist

Demonstrationen gegen den angeblichen Untergang des Abendlands; ein Präsident, der Meldungen von angesehenen Medien als „Fake News“ bezeichnet – diese Entwicklungen lassen auch Schüler_innen nicht unberührt. Die Schule ist der ideale Ort, um Diskussionen Raum zu bieten, politische Beteiligungsmöglichkeiten zu entdecken und Politik erlebbar zu machen.

Durch das gestiegene Augenmerk auf die PISA-Fächer ist der Politikunterricht an Schulen stark zurückgefahren worden. Vielerorts ist Politik kein Pflichtfach mehr und wird lediglich in Kombination mit weiteren Fächern unterrichtet. Findet der Unterricht statt, wird er durch andere gesellschaftliche Themen überfrachtet: Von der Berufsvorbereitung bis zur Wirtschaftswissenschaft soll hier alles abgedeckt werden. Die Möglichkeit, sich intensiv mit tagessaktuellen Themen zu beschäftigen, besteht kaum.

„**P**olitik als Regelfach ab der 7. Klasse sollte selbstverständlich sein und ist schon lange überfällig! ...“ forderten die Schüler_innen eines Berliner Gymnasiums bei der Konferenz „Politische Bildung – Umgang mit Populismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung im Februar 2017. Auch aus Wissenschaft und Politik kommen ähnliche Forderungen. Das Fach muss erfahrungs- und handlungsbezogener werden. Zu gutem Politikunterricht gehört

die „kontroverse Diskussion aktueller politischer Themen, die Berücksichtigung dessen, was Schüler_innen bewegt“, verdeutlicht die FES-Publikation „Demokratie lernen- eine Aufgabe der Schule?!“. Es braucht Zeit und Raum, Debatten zu führen und Vorurteile zu entkräften. Ein höherer Stellenwert des Faches wäre daher ein Gewinn.

Politik gilt als „leichtes“ Fach und wird deshalb oft fachfremd unterrichtet. In Hessen beispielsweise beträgt der Anteil an fachfremdem Politikunterricht zwischen einem Drittel und der Hälfte der erteilten Stunden. Fachfremden Lehrer_innen mangelt es dabei oft nicht nur an Hintergrundwissen, sondern auch an methodischen Kenntnissen. Angst vor Konfrontation mit Vorurteilen und rechtsextremen Parolen verhindern die Auseinandersetzung mit genau jenen Themen, die zu populistischen Tendenzen führen.

Regelmäßige Fortbildungen sind deshalb ein Muss. Angebote wie die Lehrer_innenfortbildungen von „Jugend und Politik“ der FES zur europäischen Asylpolitik oder dem Umgang mit religiösem Extremismus sind hier gelungene Beispiele.

**Demokratie lernen-
Eine Aufgabe der Schule?!**
<http://libra ry.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12035.pdf>

**Lehrer_innenfortbildungen
von „Jugend und Politik“
der FES**
www.fes.de/themen/jugend/veranstaltungen.php

Politische Bildung findet nicht nur im Politikunterricht statt, sie muss Bestandteil des Schulalltags sein. In Wahlen zur Schülervertretung oder durch die Übernahme von Aufgaben im Klassenrat kann demokratische Mitbestimmung erlebbar gemacht werden. Schüler_innen müssen die Erfahrung machen, dass ihre Stimme und Meinung zählen. Es ist wichtig, dass an den Schulen entsprechende Strukturen geschaffen werden und den Schüler_innen auf Augenhöhe begegnet wird. Wo, wenn nicht in der Schule, lassen sich demokratisches und eigenverantwortliches Handeln erproben? (Aus FES-Info 03/2017)

Anne Feimet ist in der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Abteilung Studienförderung zuständig für Bildungs- und Hochschulpolitik



INTEA – EINE BILANZ

In einer Pressemitteilung des Hessischen Kultusministeriums vom 24.11.2017 mit dem Titel „Erfolgsmodell Sprachförderung in Intensivklassen an beruflichen Schulen“ bejubelte der Kultusminister InteA als Erfolgsgeschichte. Dem können wir bei weitem so nicht zustimmen, denn noch immer existieren in der InteA-Beschulung zu viele Mängel, vor allem Mängel grundsätzlicher Art.

Die Gruppengröße

Während in den Intensivsprachklassen an den allgemeinen Schulen die Gruppengröße auf 16 Schülerinnen und Schüler festgeschrieben ist, in den Intensivkursen liegt sie sogar bei 12 Teilnehmenden, sitzen in den InteA-Klassen immer noch 20 Schülerinnen und Schüler. Die Gruppengröße ist zu hoch bemessen, um einen qualitativ hochwertigen Sprachunterricht zu erteilen. Nach wie vor fordern wir Lerngruppen mit maximal 12 Schülerinnen und Schülern. Außerdem sind zwei Jahre eine zu kurz bemessene Zeit für einen Spracherwerb, dem eine Berufsausbildung folgen könnte.

Der Abschluss und der Anschluss

Zunächst stand für das große A in dem Begriff InteA die Abkürzung für das Wort Abschluss, dies wurde am 09.11.2016 in Abschluss und Anschluss geändert. Beides ist aber nicht gegeben.

Zwar wurde InteA den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung (BzB) zugeordnet, es wird jedoch nicht nach den Maßgaben der BzB-Regelungen verfahren. Die Vergabe des Hauptschulabschlusses oder das Erreichen des Realschulabschlusses ist vom Bestehen der externen Nichtschüler*innenprüfungen (NSP) abhängig. Die Durchführung der Nichtschüler*innenprüfungen (im Regelfall meistens mit dem Ziel Hauptschulabschluss oder Qualifizierender Hauptschulabschluss) stellt für die Schülerinnen und Schüler und für die Schulen eine große Belastung dar.

In der Systematik der NSP wird außer Deutsch und Mathematik ein weiteres Fach schriftlich geprüft (Naturwissenschaften oder Gesellschaftswissenschaften). Außerdem schließt sich eine zeitintensive mündliche Prüfung an, die bei schulischen Prüfungen nach BzB-Verordnung entfallen würde.

Der berufliche Aspekt der schuli-

schen Prüfungen (fachpraktische Fächer) entfällt bei der NSP völlig (außer evtl. in der Projektprüfung, die aber im Moment bei der NSP kein Ausgleichsfach ist). Für die Schulen bedeutet der Prüfungsmarathon der NSP einen erheblichen Mehraufwand. Dies ist aus unserer Sicht eine viel zu hohe Hürde. Wir wollen, dass die Prüfungen nach BzB-Verordnung durchgeführt werden, um auch auf die individuelle Vorgeschichte von jungen Menschen eingehen zu können und den beruflichen Aspekt in die Zeugnisse einzubringen.

Uns erschließt es sich außerdem überhaupt nicht, warum dem DSD I PRO Sprachdiplom der Stellenwert eingeräumt wird, den er im Rahmen von InteA hat. Angeblich ist „der Wirtschaft“ dieses Sprachdiplom Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse, die zur Aufnahme einer dualen Ausbildung erforderlich sind, gleichwertig mit einem Schulabschluss.

Vom HKM in obiger Pressemitteilung benannte Elemente des „Erfolgsmodells“

- ✓ 2.300 Seiteneinsteiger konnten in das Regelschulsystem wechseln. Dazu kommen zahlreiche weitere Übergänge in außerschulische Anschlussmaßnahmen
- ✓ Aktuell profitieren über 6.000 junge Flüchtlinge und Zuwanderer von der intensiven Deutschförderung in Verbindung mit einem beruflichen Fachsprachenerwerb und einer beruflichen Erstorientierung. Seit dem Start von InteA sind dies sogar bereits rund 12.000
- ✓ Als zusätzliche Unterstützung erhalten sie ein sozialpädagogisches Angebot
- ✓ Zum Ende des Schuljahres 2016/17 erwarben 422 InteA-Schülerinnen und –Schüler einen Haupt-

- schulabschluss, 22 einen Realschulabschluss
- ✓ Zum Schuljahr 2017/18 haben mehr als 350 InteA-Teilnehmer eine duale Ausbildung begonnen
- ✓ Als Qualitäts- und Evaluationsinstrument wird den InteA-Schulen die Teilnahme am sog. DSD I PRO ermöglicht. Diese Version des Deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz wurde zum Schuljahr 2016/17 speziell für berufliche Schulen entwickelt.

Die Pressemitteilung kann auf der Homepage des Kultusministeriums oder bei der Redaktion abgerufen werden.

Und der Anschluss?

Was machen die Schülerinnen und Schüler, wenn sie zwei Jahre lang die InteA-Klassen besucht haben und über 18 Jahre alt sind? Eine weitere schulische Maßnahme ist für sie, bis auf die für dieses Schuljahr vorgesehenen begrenzten Kontingenzplätze in den BzB, nicht vorgesehen.

Es ist eine bildungspolitische Bankrotterklärung, für diese jungen Erwachsenen keine sinnvollen Folgemaßnahmen bereitzuhalten. Die Möglichkeiten der beruflichen Schule werden durch das Primat der Anwendung von Vorschriften aus dem allgemeinbildenden Schulbereich (siehe NSP, siehe Stundentafel) nicht genutzt. Die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung sind an dieser Stelle für auch über 18jährige zu öffnen, was zu Zeiten von EIBE bereits legal möglich war. Außerdem wäre zu überlegen, eine schulische Maßnahme im Rahmen der beruflichen Schule für den Erwerb des Mittleren Abschlusses (wie früher die Berufsaufbauschule mit geänderten Zugangsmöglichkeiten) zu ermöglichen.

Was brauchen wir dringend?

Wir brauchen ein Gesamtkonzept mit allen an der Integration der Schülerinnen und Schüler involvierten Bereichen (Bildungspolitik, HSM, HKM, Schule, Jugendhilfe, Migrationsberatungsstellen und andere Institutionen).

Wir brauchen Ganztagsschulangebote mit Tagesstrukturierung, individueller Förderung, kos-

tenlosem Mittagessen und eine Einführung in die bestehenden Angebote der Gemeinde/ Stadt.

besuchsjahre in ihrem Herkunftsland absolviert haben, verlängert sich das Recht auf den Schulbesuch auf das 27. Lebensjahr.



Wir brauchen Deutsch als Zweitsprache/Deutsch als Fremdsprache und interkulturelles Lernen als einen festen Bestandteil in der Lehrer_innen-Ausbildung.

Wir brauchen flankierende und auskömmliche Jugendhilfeleistungen.

Wir brauchen den Einsatz von Dolmetscher_innen und verständliche muttersprachliche Informationen über das deutsche Bildungssystem.

Und was wir vor allem brauchen ist:

Das Recht auf Schulbesuch für 16 bis 21jährige zugewanderte Jugendliche auch über die Schulpflicht hinaus. Sollten zuwanderte Jugendliche weniger als acht Schul-

Dies sind Maßnahmen, die jungen zugewanderten Menschen eine echte Teilhabe an unserem Bildungssystem ermöglichen und die sie in die Lage versetzen, sich wirklich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Chancengleichheit ist hierbei ein wichtiges Schlüsselwort. Aber von gerechten Bildungschancen für alle InteA-Schülerinnen und Schüler sind wir meilenweit entfernt.

Der hessischen Landesregierung fehlt der politische Wille, ein umfassendes Gesamtkonzept – von der Kita über die Schule, die Berufliche Bildung, die Hochschule und die Weiterbildung - zur Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Dabei ist die Sprachbildung nur ein, wenn auch wichtiger, Baustein.

Birgit Koch/Peter Eickelmann

4.0 AUF ALLEN KANÄLEN- EINE KRITISCHE BESTANDSAUFNAHME

Ursprünglich als „Industrie 4.0“ ins Gespräch gebracht und angedacht begegnen uns häufig auf allen Kanälen Worthülsen mit dem Anhängsel „4.0“. „Arbeit 4.0“, „Wirtschaft 4.0“ bis hin zur „Bildung 4.0“ sollen einen gewissen Wandlungsdruck in allen Bereichen des Lebens verdeutlichen und überall spürbar machen lassen. Alles als Folge von Veränderungsprozessen in Industrie und Wirtschaft im Zusammenhang, was mit dem Stichwort „Industrie 4.0“ ins Rollen gebracht wurde.

Es besteht kein Zweifel, dass sich die Gesellschaft wandeln wird. Wie immer, wenn technische Veränderungen breitflächig auf Umsetzung drängen. Die Frage sei aber schon zu Anfang erlaubt: In welche Richtung diese Wandlungen gehen (sollen)? Oder wollen wir eine sich dann so abzeichnende Gesellschaft eigentlich? Oder gibt es Möglichkeiten des Gegensteuerns bzw. Gestaltens des unvermeidlichen Veränderungsprozesses ohne gleich als Maschinenstürmer gebrandmarkt zu werden? Ob dabei sprachliche Kreationen wie „digitale Bildung“ bis hin zum „digitalen Lehrling“ hilfreich sind, darf stark bezweifelt werden.

So war auch die Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AGBFN) am 16./17.11.2017 an der TU Darm-

stadt vom „4.0“ Wahn bestimmt. Hier wurde die „Berufsbildung 4.0“ kreiert mit unterschiedlichen Beiträgen aus Theorie und Praxis. Eine von mir angefertigte umfangreiche Dokumentation über dieses Forum liegt dem Landesfachgruppenausschuss der GEW Hessen vor, wo neben einigen inhaltlichen Punkten auch alle Links zu den Beiträgen

welchen Gebieten zum Thema sich bereits in Deutschland auf den Weg gemacht hat. **Beruhigend zu wissen**, dass „Wissenschaft“ kritisch denkt, mindestens in Darmstadt und nicht der blinden Technikgläubigkeit vergangener Jahre das Wort redet. **Beunruhigend zu registrieren**, dass Hessen hier bildungspolitisch anscheinend keine Rolle spielt. Of-

fizielle Beteiligung Fehlanzeige. Und damit meine ich nicht die „vor Ort“-Aktivitäten an Schulen, die sich bereits auch in Hessen auf den Weg gemacht haben. Das Hessische Kultusministerium (HKM) glänzte beim Forum offiziell durch Abwesenheit, sicher auch um seine Inkompetenz auf diesem Sektor nicht zur Schau tragen zu müssen.

Eine ähnliche Herausforderung wie jetzt gab es auch in den 80ziger Jahren des vorigen

festgehalten sind (Dokumentation über die Redaktion abrufbar). Das Forum mit dem Anspruch *Grundfragen der Digitalisierung für die Berufsbildung* klären zu wollen, war allenfalls eine Plattform mit Marktplatzcharakter, wo diverse Aktivitäten von unterschiedlichen Protagonisten dargestellt wurden. Konkrete Impulse für den Schulbereich im Allgemeinen und für hessische Schulen im Besonderen gab es da zunächst wenig. Das Forum gab aber einen guten Überblick, wer auf

Jahrhunderts, als die Mikrocomputertechnik in der Facharbeit in die laufende Berufsbildungsarbeit ohne Vorbereitung integriert werden musste. Im Gegensatz allerdings zu den heutigen Herausforderungen waren die Datenmengen relativ überschaubar. Die permanente Verfügbarkeit hoher Datenmengen (Big Data, Cloud usw.) stellen heute eine andere Dimension dar und fordern ganz andere Lehrerfortbildungskonzepte, die in Hessen außer jahrelangen Absichtserklärungen (wie „man



sollte/man müsste“) nicht ansatzweise erkennbar sind. Da erhält die GEW Hessen offiziell allenfalls auf Anfrage vom zuständigen Minister die lapidare Antwort, dass „das Hessische Kultusministerium aktuell an einer strukturellen Anpassung der bisherigen fachspezifischen Fortbildungsangebote für Lehrkräfte arbeite“ mit Verweis auf die Hessische Landesstelle für Technologiefortbildung in Groß Gerau. Ferner „thematisiere man intern im anstehenden Lösungsfindungsprozess“ die von der GEW angesprochenen Eckpunkte.

Die institutionalisierte Form einer strukturierten Lehrerfortbildung (LFB) gibt es in Hessen nicht mehr, nachdem man eine in Deutschland einmalige Form in Hessen politisch motiviert zerschlagen hatte (endgültig in den 90 ziger Jahren). Notbehelfe wie IT Akademie 2000 sollten diese Lücke schließen, der aber auch keine Überlebenschance zugebilligt wurde. Der Autor hat in beiden Organisationsformen als ehemaliger Mitarbeiter dort „Erfahrungen“ sammeln können, wie Lehrerfortbildung systematisch an die Wand gefahren wurde. Heute lässt man mit Jammern auf höchstem politischem Niveau die Lehrer/innen an den berufsbildenden Schulen alleine und überlässt sie den Lehrmittelfirmen, die gerne ihre „fertigen Konzepte“ anpreisen und an „den Mann“ bzw. an „die Frau“ bringen wollen. Durch die hohe schulische Belastung an den Schulen wird dann gerne dort „zugegriffen“. Mit einer an Berufspädagogik orientierten Lehrerfortbildung haben solche Methoden nichts zu tun. Während des Forums in Darmstadt wurde sehr deutlich, dass diese Herausforderungen durch einfachen vermehrten Technikeinsatz in die Schulen nicht zu schultern sind. Da helfen auch nicht die versprochenen und nicht gehaltenen Millionen aus Ber-

lin von Frau Wanka (BMBF), die mit einem verstärkten Mitteleinsatz das Problem zu lösen glaubte.

So haben sich die Schulen vereinzelt, vom sogenannten Dienstherrn alleine gelassen, selbst auf den Weg gemacht, um mit viel Eigeninitiative einigermaßen ein wenig Schritt halten zu können. Der Landesstelle in Groß Gerau kann allenfalls „Bemühen“ nachgesagt werden. Mit ihrem Angebot ist sie noch nicht mal eine Alternative, wo andere Bundesländer bereits aktiv Konzepte mit Unternehmen erproben, wie wir das in Hessen jahrelang in einer gut organisierten, institutionalisierten Form von Lehrerfortbildung gewohnt waren. So werden fleißig „Lernlabors 4.0“ bzw. „Lernfabriken 4.0“ oder einfach nur „Automatisierung 4.0“ hochgezogen in der Hoffnung, das Richtige zu tun. Häufig werden 1:1 Industriekonzepte ohne berufspädagogisches Augenmaß übernommen. Selbstbewusst könnte das Bestehende in den Schulen (z.B. Automatisierung) unter Beteiligung der Schulen fortgeschrieben werden, da berufliche Schulen gute Arbeit leisten, sofern man sie nur lässt und

entsprechend begleitet, insbesondere auch finanziell. Gute Lehrerfortbildung ist nicht zum Nulltarif zu haben!

So plädiere ich für eine Schlüsselqualifikation „Lehrerfortbildung 4.0“, LFB 4.0, um wenigstens sprachlich auch im Gleichklang des allgemeinen „4.0 Hype“ Aufmerksamkeit erregen zu können. Dann ist allerdings inhaltlich noch lange nichts gesagt und erreicht, weil hier erst die eigentliche Stabsarbeit beginnen müsste und das möglichst sofort ohne Geheimzirkeln mit „internen Thematisierungen“, wie der Kultusminister des Landes es uns glaubhaft machen möchte. Ein offener Dialog unter Beteiligung aller fachkompetenten Personen und Institutionen wäre eine wirkliche Alternative. Zur konsequenten Umsetzung dieser Forderungen müssen die Personalräte, allen voran der Hauptpersonalrat beim HKM, verstärkt die Finger in die Wunde legen und dort nicht locker lassen, bis sich ein wirklicher Lösungsweg abzeichnet.

Wolfgang Hill, Mitglied der Landesfachgruppe (GEW Hessen)

KMK: Strategie zur Bildung in der digitalen Welt um Weiterbildung ergänzt

Die Kultusministerkonferenz (KMK) ergänzt die Strategie zur „Bildung in der digitalen Welt“ um das Kapitel Weiterbildung. Das beschlossen die Ministerinnen und Minister während der 360. Sitzung der Kultusministerkonferenz am 7.12.2017 in Berlin. Die KMK leistet damit einen wichtigen Beitrag, dass Erwachsene bereits vorhandene Kompetenzen in der digitalen Welt auch nach der schulischen, beruflichen oder hochschulischen Ausbildung kontinuierlich vertiefen und weiterentwickeln können. Das bisherige Grundsatzpapier „Bildung in der digitalen Welt“ wurde um das Kapitel „4 Weiterbildung“ erweitert. Darin äußert sich die KMK zur Bedeutung der Digitalisierung in der Weiterbildung, zu den Themen digital gestützten Lernens und Lehrens sowie zu Infrastrukturen und Rahmenbedingungen, die geschaffen werden müssen, um die Erwachsenenbildung und Weiterbildung auf die Anforderungen der digitalen Welt auszurichten.

Download unter www.kmk.org



22.12.2017

VERS PÄTETER ERLASS ZUR LEISTUNGS- BEWERTUNG IN DER FACHOBERSCHULE

Sehr geehrter Herr Staatsminister Lorz,

Das neue Hessische Schulgesetz sieht für die Leistungsbewertung grundsätzlich zwei Möglichkeiten vor: Die Leistungsbewertung durch das Punktesystem und die bisher in der Fachoberschule übliche Notenskala (1-6). Der § 37(3) schreibt jetzt für die Fachoberschule eine Leistungsbewertung nach einem System mit 15 Punkten vor. Aus diesem Grund hat das Kultusministerium bereits Mitte Juli angekündigt, dass ein Erlass in Arbeit sei, weil die bisherige Verordnung über die Ausbildung und Abschlussprüfung an den Fachoberschulen noch den herkömmlichen Notenschlüssel vorsehe.

Das Hessische Kultusministerium hat diesen Erlass jedoch erst am 19. Oktober 2017 an die beruflichen Schulen in Hessen versandt. Dieser regelt, dass ab diesem Zeitpunkt die Bewertung der Leistungen der Schülerinnen und Schüler nicht mehr nach der bisher üblichen Notenskala (1-6), sondern nach dem Punktesystem (1-15) erfolgen soll.

Viele Kolleginnen und Kollegen hatten aber bereits aufgrund des frühen Beginns des Schuljahrs Klassenarbeiten zu diesem Zeitpunkt schreiben lassen. Grundlage für die Bewertung dieser Klassenarbeiten war die zu diesem Zeitpunkt noch geltende Verordnung und damit die Umwandlung von Prozentpunkten in die

Notenskala (1-6). Die rechtliche Handlungssicherheit der Kolleginnen und Kollegen war zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben.

In der Folge des Erlasses müssen bereits gegebene Noten umgerechnet werden, außerdem muss diese Veränderung den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden.

Die GEW Hessen kritisiert diesen Umgang des hessischen Kultusministeriums mit einer Gruppe von mehr als 20.000 Schülerinnen und Schülern und denen sie unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrern. In einer Zeit, in der sich immer mehr Kolleginnen und Kollegen darüber beklagen, dass ein überbordender Bürokratismus sie dazu zwingt, möglichst zeitnah immer mehr Formalitäten zu erledigen, ist das Hessische Kultusministerium nicht im Stande, rechtzeitig die Rechtsgrundlagen für eine so bedeutende Schulform fertigzustellen. Dies bedeutet: Zusätzliche Unruhe an den Schulen und zusätzliche Arbeit für die Lehrerinnen und Lehrer. Beides hätte durch rechtzeitiges Handeln des Ministeriums verhindert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

*Birgit Koch und Maike Wiedwald
Vorsitzende der GEW Hessen*

Die Orientierung an der Utopie ist der einzig reale Ausweg aus der Inhumanität, in der sich die Weltgesellschaft befindet.

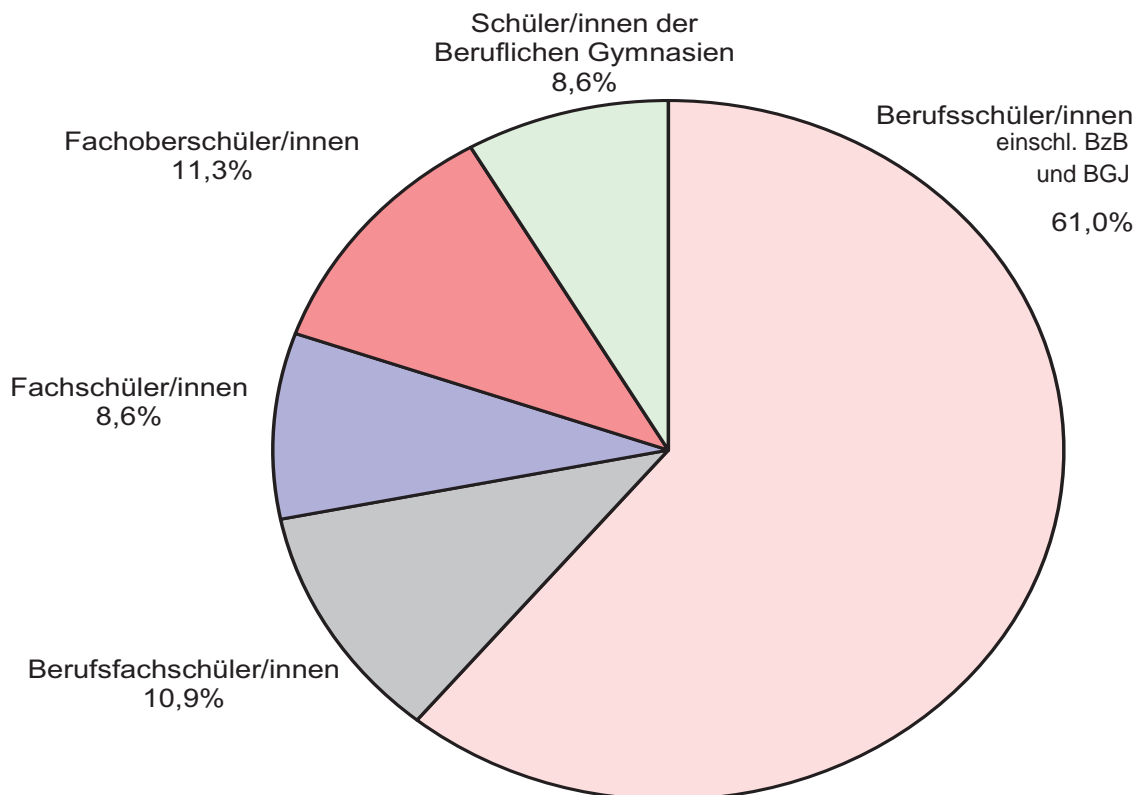
(Johannes Agnoli)

Schülerzahlen an den öffentlichen beruflichen Schulen Hessen										
Schulformen	2008 / 09	2009 / 10	2010 / 11	2011 / 12	2012 / 13	2013 / 14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18
Berufsschule	111.094	108.895	107.077	105.004	104.083	102.146	99.574	98.080	96.818	96.695
BGJ VZ	2.094	1.729	1.353	243	127	116	97	99	110	85
BGJ TZ	507	494	532	480	349	304	272	251	248	232
BJV	1.160	1.257	1.436	1.716	1.873	1.755	2.063	2.166	2.538	2.331
BFS 2-j. zum mittl. Ab.	13.195	12.573	11.920	11.104	10.294	10.342	10.285	10.156	9.888	(1) 10625
BFS 3-3,5 j. Berufsabs.	336	378	363	732	956	1.009	1.016	998	1.023	937
HBFS 1-jährig	1.819	1.833	1.575	1.337	1.140	1.076	1.171	1.057	875	737
HBFS 2-j. Assi.ausb.	7.306	7.167	7.333	7.423	7.638	7.769	7.659	7.548	7.372	6.799
Fachschule VZ	5.055	5.729	6.442	7.304	7.860	8.226	8.255	7.976	7.920	7.447
Fachschule TZ	3.515	4.117	4.161	4.031	4.310	4.407	4.641	4.583	4.429	4.188
FOS VZ	19.308	20.794	21.158	21.464	21.381	21.919	21.977	21.289	20.206	19.724
FOS TZ	182	177	198	188	178	125	95	80	71	53
Sonderklassen	5.851	5.809	4.309	5.102	5.049	4.759	4.447	4.098	3.909	3.674
EIBE ab 2015 PUSCH B	2.722	2.684	2.601	2.872	2.892	2.857	2.898	1.068	768	731
Berufliches Gymnasium	11.704	12.668	13.736	14.494	14.842	14.924	15.352	15.538	15.300	14.513
Berufsbildungswerk	1.182	1.168	1.086	952	948	955	1.055	1.013	1.057	1.064
Gesamt BBS	187.030	187.472	185.280	184.446	183.920	182.689	180.857	176.000	172.532	159.210

(1) bfs + büa 8266+2359

Zahlen aus den jeweiligen Zuweisungserlassen; erstellt von Ralf Becker, 21.12.2017

Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen 2016 in Hessen (Quelle: Statistisches Landesamt)



LÄNDERMONITOR BERUFLICHE BILDUNG 2017

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Gesamtschau der Ergebnisse des Ländermonitors berufliche Bildung 2017 macht deutlich, wie relevant eine Betrachtung dieses Bildungsbereichs aus Ländersicht ist. Schon die wirtschaftlichen, demographischen und bildungspolitischen Rahmenbedingungen für berufliche Bildung unterscheiden sich zwischen den Bundesländern erheblich.

aus. Neben den Unterschieden und Besonderheiten der beruflichen Bildung in den einzelnen Bundesländern zeigen die Ergebnisse des Ländermonitors aber auch mehrere übergreifende Entwicklungen und Herausforderungen in Bezug auf die ökonomische Leistungsfähigkeit und die soziale Chancengerechtigkeit der Berufsbildung in Deutschland. Gemessen an der Angebots-Nachfrage-Relation haben sich die Ausbildungsperspektiven für

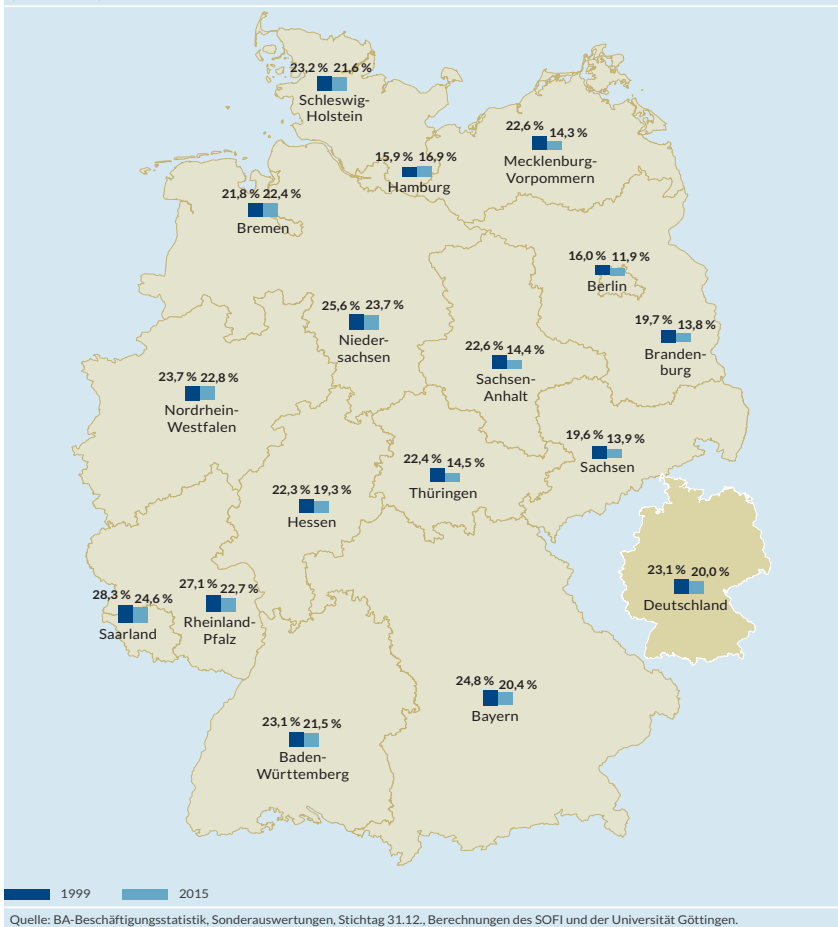
in sehr unterschiedlichem Maße von den Verbesserungen. Hinzu kommt, dass sich die Chancen auf einen Ausbildungsplatz nach wie vor sowohl zwischen als auch innerhalb der Bundesländer stark unterscheiden. Über 250.000 Jugendliche münden noch immer jedes Jahr in eine Maßnahme des Übergangsektors ein, die zu keinem Berufsabschluss führt.

In absoluten Zahlen nehmen insgesamt weniger Jugendliche eine Ausbildung im dualen System oder im Schulberufssystem auf. Auch die Absolventenquote ist in beiden Systemen gesunken. Gleichzeitig kann eine wachsende Zahl von betrieblichen Ausbildungsplätzen nicht besetzt werden: Ihr Anteil ist in den letzten Jahren gestiegen, obwohl bundesweit immer noch etwa doppelt so viele Bewerber für eine Ausbildung erfolglos blieben. All diesen Entwicklungen steht ein Arbeitsmarkt mit Rekordbeschäftigung und zunehmenden Fachkräftengaps gerade im Bereich der beruflich Qualifizierten gegenüber.

Was ist zu tun?

Die Ansatzpunkte sind vielfältig: Sie umfassen das weite Spektrum von schulischer Berufsorientierung über Imagekampagnen, Übergangsbegleitung, Ausbildungsvorbereitung, Einstiegsqualifizierung, außerbetrieblicher Ausbildung und vieles mehr. Alle diese Ansätze haben ihre Berechtigung zur Stärkung des Ausbildungssystems. Vor dem Hintergrund der im Ländermonitor 2017 erfolgten Betrachtung sollen die folgenden übergreifenden Handlungsempfehlungen gegeben werden, die gleichsam auf eine Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit abzielen:

Anteil der ausbildenden Betriebe an allen Betrieben (Ausbildungsbetriebsquote) 1999 und 2015 (in Prozent)



Die Unterschiede setzen sich im Zugang zu beruflicher Bildung sowie in ihren Angeboten und Ergebnissen fort und wirken sich direkt auf ausbildungsinteressierte Jugendliche, ausbildende Betriebe und die Auszubildenden selbst

Jugendliche seit 2007 verbessert. Für jeden Bewerber stehen rein rechnerisch mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung. Allerdings profitieren die Ausbildungssuchenden abhängig von Herkunft, schulischem Vorbildungsniveau und Geschlecht

Berufliche Bildung in der Länderpolitik stärken

Auf Landesebene kommt den beruflichen Schulen eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Ausbildungsintegration benachteiligter und zunehmend heterogener Zielgruppen zu. Dies gilt sowohl für die Berufsvorbereitung als auch für den schulischen Teil der dualen Ausbildung, der für Jugendliche mit geringerer Vorbildung ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zum Ausbildungsabschluss darstellt. Berufliche Schulen übernehmen inzwischen nicht nur bildungs-, sondern auch sozialpolitische Aufgaben.

Ein Beispiel sind die besonderen Leistungen der Länder bei der Integration einer großen Zahl von Geflüchteten in berufsvorbereitende Bildungsgänge. Ihre finanzielle und personelle Ausstattung ebenso wie ihr Stellenwert in der Bildungspolitik der Bundesländer spiegelt diese Bedeutung jedoch häufig nur unzureichend wider.

Zusammenspiel von Betrieben und beruflichen Schulen erweitern

Das in der dualen Ausbildung so bewährte Zusammenspiel von Betrieben und beruflichen Schulen sollte ausgebaut werden: Erfolg versprechend ist die gezielte Einbettung von betrieblichen Anteilen in die Berufsvorbereitung, wie sie in einigen Ländern bereits praktiziert wird. Eine ebenfalls vielversprechende Variante in prob-

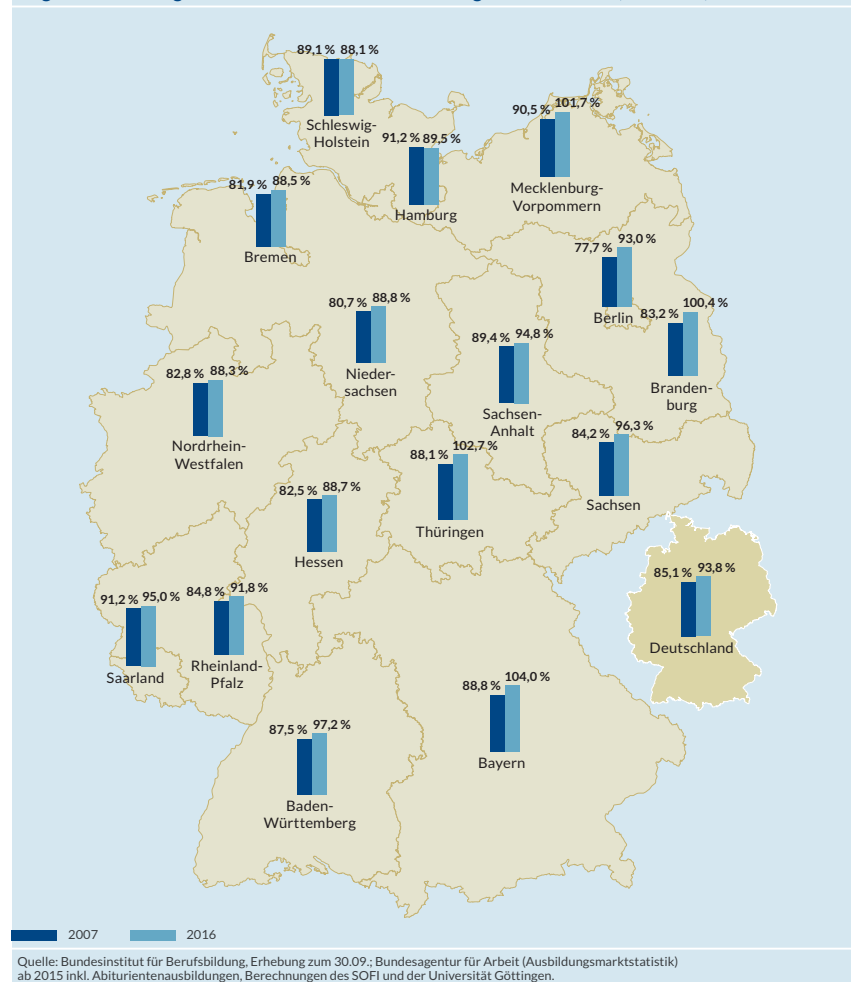
lematischen Ausbildungssegmenten ist die vollständige Übernahme des für die Betriebe besonders aufwendigen ersten Ausbildungsjahres durch die Berufsschule, um das betriebliche Ausbildungsangebot zu stabilisieren. Solche Modelle haben das Potenzial, die Ausbildungschancen der bislang in der Ausbildung benachteiligten Gruppen zu erhöhen und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit insbesondere der dualen Ausbildung zu steigern. In

Regionen, in denen ein besonderer Mangel an betrieblicher Ausbildung besteht, sollten außerdem staatlich geförderte Ausbildungsmöglichkeiten die Lücke schließen und den Jugendlichen zur Verfügung stehen, die auf dem Ausbildungsmarkt leer ausgegangen sind.

Der Übergang in duale, betriebliche Ausbildung ist dabei stets vorrangig anzustreben.

Auszüge aus der Broschüre

Angebots-Nachfrage-Relation in der dualen Ausbildung 2007 und 2016 (in Prozent)



Zusatzinformationen

Das Forschungsprojekt „Ländermonitor berufliche Bildung 2017“ des soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI – Prof. Baethge) und der Abteilung für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung der Universität Göttingen (Prof. Seeber) wird von der Bertelsmann Stiftung gefördert. Es untersucht die Situation in den drei Sektoren der

beruflichen Bildung (duales System, Schulberufssystem und Übergangssystem) in den 16 Bundesländern vergleichend und im Zeitverlauf.

Näheres zu dem Projekt und den beteiligten Instituten und Wissenschaftlern unter:

<http://www.sofi-goettingen.de/projekte/laendermonitor-berufliche-bildung-2017/projektinhalt/>

Die DGB-Bezirkskonferenz Hessen-Thüringen hat am 09.12.2017 eine Fülle von Beschlüssen zu allen gesellschaftlichen Bereichen gefasst, darunter auch den Beschluss „Mehr gute Bildung - mehr vom Leben“. Wir dokumentieren daraus den Abschnitt „Berufliche Bildung“.

BERUFLICHE BILDUNG

Obwohl die Arbeitgeberverbände ständig einen drohenden Fachkräftemangel heraufbeschwören, blieben sie in den letzten Jahren den wichtigsten Beitrag dagegen oft schuldig. Junge Menschen haben immer noch schlechte Startchancen in die Ausbildung und die echte Wahl von Ausbildungsplätzen liegt immer noch in weiter Ferne. Ein großer Teil der rechnerisch noch freien Ausbildungsplätze ist von zweifelhafter Qualität. Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend zeigt: Die Ausbildungskrisen der letzten Jahrzehnte haben zu einer enormen Zahl von Ausbildungsplätzen minderer Qualität geführt. Die Arbeitgeber müssen in die Verantwortung genommen werden: für mehr Ausbildungsplätze und für eine Stabilisierung der Ausbildungsqualität.

Wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht werden, müssen sie mit Instrumenten wie der **Ausbildungsumlage** an der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen beteiligt werden. Auch die Landespolitik könnte zur Verbesserung der Lage junger Menschen beitragen. Mit einer **gesetzlichen Ausbildungs-garantie - flankiert durch die Ausbildungsumlage** - würde allen ausbildungsinteressierten jungen Menschen eine Möglichkeit eingeräumt, eine Ausbildung zu machen. Der DGB fordert die Landesregierungen in Hessen und Thüringen auf, eine **gesetzliche Ausbildungs-garantie** auf den Weg zu bringen, die sich nach klaren Standards der dualen Ausbildung richtet.

Das Übergangssystem, in dem bundesweit 300.000 junge Menschen beschult werden, ist unübersichtlich und zum Großteil nicht anschlussfähig. Es muss langfristig abgelöst werden, indem allen jungen Menschen im Rahmen einer Ausbildungsplatzgarantie die Möglichkeit eröffnet wird, im dualen Ausbildungsverhältnis nach BBiG einen Beruf zu erlernen.

Während Landesregierungen und Arbeitgeber seit Jahren eine gute Versorgung auf dem Ausbildungsmarkt verkünden, liegt die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz konstant hoch. Jedes Jahr münden in beiden Ländern mehr als 30.000 Jugendliche in das so genannte „Übergangssystem“ ein. Entweder weil sie unmittelbar keinen Ausbildungsplatz gefunden haben oder aufgrund individueller Bildungsentscheidungen.

Ein Teil der **vollschulischen Bildungsgänge** vermittelt zwar formale Berufsabschlüsse in Gestalt von Assistentenberufen. Die Anerkennung dieser Abschlüsse bleibt jedoch auf wenige Branchen (Gesundheit und Labore) und Berufsbilder (Fremdsprachen) beschränkt. Der größte Teil der Jugendlichen mit Assistentenabschlüssen im kaufmännischen oder gewerblichen Bereich muss danach doch noch eine vollständige Berufsausbildung absolvieren.

Umfassende berufliche Handlungs- und Gestaltungskompetenz ist das Leitziel der beruflichen

Bildung. Moderne Beruflichkeit ist mit Zergliederung der Ausbildung in kleinste Einheiten und deren getrennter Zertifizierung nicht vereinbar. **Kernberufe** mit mindestens dreijähriger Ausbildungszeit bieten das Fundament, auf dem Fort- und Weiterbildungen Berufsperspektiven eröffnen. Auch Jugendliche mit Behinderungen, Benachteiligungen und Lernschwierigkeiten benötigen vollwertige Berufsausbildungen. Sie brauchen **keine verkürzten Ausbildungen**, wie es in Hessen noch Praxis ist, sondern mehr Zeit und mehr Förderung. Der DGB Bezirk setzt sich dafür ein, dass das Instrument **Assistierte Ausbildung** in den Bundesländern stärker wahrgenommen wird.

Die sinkende Anzahl von Lernenden in dualen Ausbildungsgängen führt außerhalb der Ballungsräume bereits jetzt dazu, dass **Fachklassenstandorte** aufgegeben werden. Die Folgen sind fatal: Die Wege zur nächsten Berufsschule werden noch länger und das Angebot der dualen Ausbildung für die Jugendlichen noch unattraktiver.

Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe sinkt. Wir brauchen in beiden Bundesländern Konzepte zur Entwicklung der Berufsschulen, die eine flächendeckende Abdeckung mit Fachklassen bei weniger Teilzeitschülerinnen und -schülern und steigenden Ausstattungskosten realisieren.

(Hervorhebungen durch DS)

BIBB-Hauptausschuss berät Ausbildungsmarktsituation 2017

MEHR BETRIEBLICHE AUSBILDUNGSVERTRÄGE IM HANDWERK, AUSBILDUNG IN DER INDUSTRIE STAGNIERT

Die gute Nachricht zuerst, bereits im vierten Jahr in Folge entwickelt sich die Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge stabil, in diesem Jahr gab es rund 3.000 neue Ausbildungsverträge mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs fand vor allem im Handwerk statt, in Industrie und Handel sank die Zahl der Neuverträge um 33. Die negative Botschaft, erneut haben 80.000 Jugendliche vergeblich eine Ausbildungsstelle gesucht.

Im Jahr 2017 hat auf dem Ausbildungsmarkt sowohl die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze als auch die Zahl der jungen Menschen zugenommen, die eine duale Berufsausbildung nachfragten. Allerdings ist zum achten Mal in Folge die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze gestiegen. Mit 48.900 (+ 5.500 beziehungsweise +12,6 %) gab es so viele zum 30. September noch offene Ausbildungsstellen wie seit 1994 nicht mehr. Dies sind zentrale Ergebnisse der Analysen des BIBB zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2017. Sie basieren auf der BIBB-Erhebung über

neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September sowie auf der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Dass erstmalig seit dem Jahr 2011 der Negativtrend bei der Ausbildungsplatznachfrage gebrochen werden konnte (+ 2.600 beziehungsweise +0,4 % gegenüber dem Vorjahr auf 603.500), ist Folge des zunehmenden Ausbildungsinteresses der nach Deutschland geflüch-

t für mitbrachten. Von diesen konnten schließlich 14.700 der offiziellen Ausbildungsplatznachfrage zugeordnet werden, da sie ihr Interesse bis zum Stichtag 30. September aufrechterhielten. Dies waren rund 9.000 mehr als im Jahr zuvor.

Als Folge der immer noch starken regionalen, aber auch beruflichen Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsmarkt halten die Schwierigkeiten, Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage zusammenzuführen, weiterhin an. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stieg bundesweit deshalb im Jahr 2017 nicht so stark, wie es anhand des Zuwachses beim betrieblichen Ausbildungsplatzangebot möglich gewesen wäre. Insgesamt wurden bundesweit 523.300 neue Ausbildungsverträge registriert, 3.000 beziehungsweise 0,6 % mehr als ein Jahr zuvor.



teten Menschen. Die BA registrierte 26.400 Personen im Kontext von Fluchtmigration, die 2017 eine Berufsausbildung aufnehmen wollten und auch die Voraussetzungen hier-

WAP-IGM 13.12.2017

Daten und Analysen des BIBB: <https://www.bibb.de/ausbildungsmarkt2017> und <https://www.bibb.de/naa309-2017>

Kommentar (DS)

Während das BIBB, das BMBF wie auch der Hessische Wirtschaftsminister eine positive Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt sehen beurteilen die Gewerkschaften die Lage deutlich skeptischer. So betont Thomas Ressel, für die IG Metall im Hauptausschuss: „Wenn die Metall- und Elektroindustrie über Fachkräftemangel klagt, sollte sie schleunigst mehr ausbilden und dabei auch Förderinstrumente, wie die assistierte Ausbildung, stärker nutzen.“

Dem DGB Bundesvorstand zufolge haben sich 805.000 ausbildungsreife junge Menschen bei der Bundesanstalt für Arbeit als Bewerber registrieren

lassen. Nur knapp 65 Prozent aber hätten den Sprung in die Ausbildung geschafft.

Und die GEW kritisiert, dass in 2016 ca. 300.000 junge Menschen im sog. Übergangssystem gelandet sind und weist darauf hin, dass zur Zeit mehr als 1,9 Millionen junger Erwachsener zwischen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss haben. Die GEW setzt sich von daher für eine Ausbildungsgarantie und damit verbunden eine Ausbildungsumlage ein, die es ausbildungswilligen Unternehmen ermöglicht, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Gleiches verlangt der DGB Hessen/Thüringen (vgl. S. 28).

BERUFLICHE KOMPETENZEN IN EUROPA SICHTBAR MACHEN

Europass Zeugniserläuterungen jetzt auch für Fortbildungen

Europa steht für Vielfalt - auch hinsichtlich Bildungssystemen, Ausbildungs- und Studiengängen. Mit dem Europass haben die EU-Mitgliedstaaten 2005 ein Instrument geschaffen, das Abschlüsse vergleichbar macht und mit dem Bürgerinnen und Bürger ihre Qualifikationen europaweit verständlich darstellen können. Der Europass unterstützt das grenzüberschreitende Lernen und Arbeiten in Europa und besteht aus fünf Dokumenten:

- ✓ dem Europass Lebenslauf
- ✓ dem Europass Sprachenpass
- ✓ dem Europass Mobilität
- ✓ dem Europass Zeugniserläuterungen und
- ✓ dem Europass Diploma Supplement.

Die Europass Zeugniserläuterungen erleichtern es Dritten - insbesondere im internationalen Bereich - zu verstehen, was ein im Zeugnis ausgewiesener Abschluss hinsichtlich der beruflichen Qualifikationen und Kompetenzen bedeutet. Sie beschreiben kompakt den Ausbildungsweg, das Kompetenzprofil einer Qualifikation sowie mögliche Berufsfelder und Zugangsberechtigungen zur nächsten Ausbildungsstufe. Mit diesen wichtigen Informationen und Orientierungshilfen fördern sie die Anerkennung des berufsbildenden Abschlusses im Ausland und unterstützen beim Einstieg in den europäischen Arbeitsmarkt.

Die Zeugniserläuterungen werden für duale Ausbildungs-



berufe sowie bundesweite Fortbildungsberufe beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) von Sachverständigen der Sozialpartner entwickelt.

Auch Fortbildungsabschlüsse werden jetzt europaweit transparent. Von A wie Abwassermeister/-in bis Z wie Zweirad-Service-Techniker/-in liegen nun Europass-Zeugniser-

Für die Erstellung der Europass Zeugniserläuterungen für *landesrechtlich geregelte Berufsausbildungs- und Weiterbildungsabschlüsse* sind die Kultusminister der Länder und das Sekretariat der Kultusministerkonferenz zuständig. Die dort verfügbaren Zeugniserläuterungen gibt es auf Deutsch, Englisch und Französisch unter www.kmk.org/themen/berufliche-schulen/schulische-berufsausbildung/europass-zeugniserlaeuterungen.html.

Allgemeines zum Europass findet sich unter www.europass-info.de

erläuterungen vor. Dies ergänzt und erweitert das bisherige Spektrum des Europasses. Die Zeugniserläuterungen liefern eine Kurzbeschreibung der in der Fortbildung erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen und ergänzen das Fortbildungszertifikat.

Mit der Erweiterung auf die Fortbildungsberufe werden jetzt insgesamt mehr und auch spezialisierte Berufs-

bilder erfasst: Neben den klassischen Abschlüssen sind so auch jene Qualifikationen vergleichbar, die als fachbezogener Zusatz zur Ausbildung erworben wurden und das individuelle Know-how weiter vertiefen.

Wer sich also zum Beispiel als Aus- und Weiterbildungs-pädagoge, IT-Berater/-in oder Fachwirt/-in im europäischen Ausland bewerben möchte, sollte einen Blick in die passenden Zeugniserläuterungen werfen. Gleiches gilt für jene, die sich einen Überblick über mögliche Fortbildungsberufe verschaffen wollen. Aktuell sind bereits mehr als 70 Zeugniserläuterungen für Fortbildungsberufe online abrufbar, längerfristig sollen es rund 120 sein.

Die Europass Zeugniserläuterungen für *duale Aus- und Fortbildungsberufe* stellt das BIBB auf Deutsch, Englisch und Französisch zum Download zur Verfügung unter www.bibb.de/zeugniserlaeuterungen

wap-IGM: 06.12.2017

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe
Berufsbildende Schulen
-Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann

Email: m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker

Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentliche Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

Berufliche Schulen 4.0

INNOVATIONSKRAFT UND INTEGRATIONSLEISTUNG

PM des HKM vom 07.12.2017

Die Kultusministerkonferenz (KMK) wird die berufsbildungspolitischen Herausforderungen in den kommenden zehn Jahren offensiv angehen. Das Ziel ist, die Berufliche Bildung auch in Zukunft als attraktive und erfolgversprechende Bildungsoption zu positionieren.

Die Kultusministerinnen und -minister beschlossen hierzu in der 360. Sitzung der Kultusministerkonferenz in Berlin die Erklärung „Berufliche Schulen 4.0 – Weiterentwicklung von Innovationskraft und Integrationsleistung der beruflichen Schulen in Deutschland in der kommenden Dekade“.

Die Ministerinnen und Minister sehen in den kommenden zehn Jahren insbesondere die Digitalisierung, die Integration Zugewanderter sowie den allgemeinen Trend zur Akademisierung als bedeutende Herausforderungen für die Berufliche Bildung in Deutschland an.

Die dynamische Berufs- und Arbeitswelt erfordert es, die Lehrinhalte der Beruflichen Bildung immer wieder anzupassen. Die Digitalisierung und die sich daraus ergebenden pädagogischen Möglichkeiten erzeugen zusätzliches Innovationspotenzial. Durch länderübergreifende Arbeitsstrukturen sollen in diesen elementaren Gestaltungsfeldern künftig Synergieeffekte erzielt werden.

Globalisierung, Zuwanderung und ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt führen dazu,

dass die Berufswelt immer internationaler wird. Fachkräfte benötigen hierfür berufsspezifische Fremdsprachenkenntnisse, die künftig in den Berufsschulen zunehmend vermittelt werden sollen.

Internationale Kooperationen der beruflichen Schulen unterstützen und fördern entsprechende Handlungskompetenzen.

Der Umgang mit heterogenen Schülergruppen ist für das berufliche Bildungssystem eine wachsende Herausforderung. Mit künftigen Empfehlungen für eine sprach- und kultursensible Pädagogik sowie zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern wird ein ländergemeinsamer Handlungsrahmen für diese Themenfelder entstehen. (Herv. DS)

Die Länder werden zudem die Qualität der beruflichen Schulen weiterentwickeln, indem sie intensiver zusammenarbeiten. Hierzu ist insbesondere vorgesehen, dass sie sich über bestehende Qualitätsmanagementsysteme austauschen. Weitere wichtige Aufgaben für die Qualitätsentwicklung beruflicher Schulen bestehen darin, gemeinsame Konzepte zur Gewinnung neuer und für die Fortbildung aktiver Lehrkräfte zu entwickeln.

Die Erklärung kann unter
www.kmk.org
abgerufen werden.

VERANSTALTUNGEN - VERANSTALTUNGEN

DIDAKTA 2018

Nach 2015 wird die didacta in Hannover als weltweit größte und Deutschlands wichtigste Bildungsmesse vom 20. bis 24. Februar des kommenden Jahres auch 2018 wieder zu einem echten „Bildungsgipfel im Flachland“, auf dem – begleitet von einem Rahmenprogramm mit mehr als 1 500



Veranstaltungen – wichtige Entscheidungen rund um Erziehung, Bildung und Qualifizierung getroffen werden. Neben dem, was bildungspolitisch sinnvoll ist, wird die didacta 2018 auch zeigen, was technisch

machbar ist – vor allem mit dem erweiterten Ausstellungsschwerpunkt „didacta DIGITAL“, der alle Aspekte des Top-Themas Digitalisierung mit anschaulichen Exponaten verdeutlicht.

Am 21.02. führt die GEW um 13.00 Uhr ein Forum „Herausforderungen der Beruflichen Bildung“ vor dem Hintergrund der Digitalisierung und Akademisierung durch. Teilnehmen werden die Berufsbildungsforscher Prof. Dr. Rita Meyer (Leibniz-Universität Hannover und Prof. Dr. Georg Spöttl (Universität Bremen)

Weitere Informationen und Fotos finden sich unter

www.didacta-hannover.de

**VOM (UN)SINN
ÖKONOMISIERTER BILDUNG**
4. VERANSTALTUNG DER GEW HESSEN ZUR ÖKONOMISIERUNGSKRITIK

SAMSTAG, 17.02.2018
9:30 - 17:30 Uhr im DGB-Haus (großer Saal),
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Frankfurt / Main
Um Anmeldung wird gebeten unter:
info@gew-frankfurt.de

10.00 Uhr
**BILDUNGSREPUBLIK
IM AUSVERKAUF?**
Vom Wert öffentlicher Bildung
Prof. Tim Engartner [Universität Frankfurt]

10.00 Uhr
**KABARETTISTISCHER
BEITRAG**
von Herbert Gerstberger

11.15 Uhr
**SCHEINHEILIGE STIFTER
IN SCHULEN**
Matthias Holland-Letz [Freier Journalist]

14.00 Uhr
**ÖKONOMISIERUNG IN
GESELLSCHAFT & PÄDAGOGIK -**
Emanzipatorische Perspektiven
psychoanalytischer
Elementarpädagogik
Prof. Thilo Naumann [Hochschule Darmstadt]

16.00 Uhr
YES, WE BURN !!!
THEATERSTÜCK ZUR SCHÖNEN
NEUEN ARBEITSWELT
Theater Xtrameile
Satirisch-witziges & böses
Stück über indirekte Steuerung
und das Arbeiten heute.
www.xtrameile.de

Sei
Für Teilnehmer
der Veranstaltung
kostenlos

Hochschule
DIE ARBEITSBLÄTTER
DER HEUTIGEN STUNDE
WERDEN PRÄSENTIERT VON
DER DEUTSCHEN BANK.

GEW
Eine Veranstaltung der Bezirksverbände
Frankfurt & Südhessen sowie des
Landesverbands Hessen.

LEARNTEC - Kongress und Messe für digitale Bildung 2018

30.01.2018 - 01.02.2018 Messe Karlsruhe



Die LEARNTEC ist der Branchentreffpunkt für alle, die sich für die Trends der digitalen Bildung interessieren. Hier finden Besucher ein Netzwerk von Partnern, Experten, Multiplikatoren und Medienpartnern- der ideale Ort, um neue Kontakte zu knüpfen. Sowohl im Kongress als auch auf der Fachmesse werden die neuesten Entwicklungen, die wichtigsten Lernrends und die wesentlichen Erkenntnisse der Branche vorgestellt und diskutiert. Schwerpunkte sind digitales Lernen an Schulen, Hochschulen und im Beruf.

<https://www.learn tec.de/website/home/index.jsp>